Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 465 Mk., durch die Post 465 Mk. ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt-Genossenschaft, i. d. Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2261. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 20 Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Mk. für Reklame, einschließend an den zweispaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1008 48. Fritz Krob, Halle

Einzelpreis 20 Mark | **Mittwoch, den 6. Dezember 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 285**

Die Anilinkönige versuchen ein Blutbad zu provozieren

Provokateure schießen auf einen Streikposten — Großer Waffenfund in den Anilinwerken — Die Führer des ADGB. proklamieren den Streikbruch — Solidaritätskundgebungen der Arbeiter in den Betrieben

(Eigene Drahtmeldung.)

Ludwigshafen, 6. Dezember.

Aus einem der bestreikten Anilinwerke ist auf einen Arbeiter geschossen worden. Bei der nachfolgenden Untersuchung wurde ein Aufsehenerregender Waffenfund gemacht. In dem Betriebe wurden drei große Kisten entdeckt, die Handgranaten, Gewehre, Leuchtpistolen, Sprengkartuschen und 10000 Schuß Infanteriemunition enthielten. Die Waffen stellten die Unterstützung der Provokateure dar, die die Arbeiterschaft aufreizen sollte, damit die Maschinengewehre der Besatzungs- und Polizeitruppen ihre blutige Arbeit verrichten konnten.

*

„Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin auch ich mir klar; aber wir müssen den Kampf einmal durchführen!" Dieses Wort des Scharfmachers Thyssen in seinem Brief an den Reichskanzler Wirth hat das Unternehmertum des Chemischen Trusts in die Tat umgesetzt. Mit skrupellosen Methoden, mit Bewaffnung von Provokateuren und Beschießung der Streikposten soll die Arbeiterschaft aufgereizt werden, damit sich in Ludwigshafen das Blutbad von Düsseldorf in vergrößertem Maßstabe wiederholen kann. Nur der Disziplin der nach wie vor einig und geschlossen im Kampf stehenden Anilinarbeiter ist es zuzuschreiben, daß in der Pfalz die französischen Bajonette ihren blutigen Dienst für die deutschen Kapitalisten nicht verrichten konnten.

Die Kämpfenden werden sich nicht provozieren lassen. Sie sind nach wie vor bereit, zusammen mit den Gewerkschaftsinstanzen Front gegen das Unternehmertum zu machen. Die Streikleitung hat sich zum wiederholten Male an die Leitungen der Verbände gewandt, aber die Streikenden verlangen restlose Wiedereinstellung aller mit Einschluß der gemaßregelten Betriebsräte und **unbedingtes Festhalten am Achtstundentag.**

Das Unternehmertum will in der Ludwigshafener Arbeiterschaft die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands und die proletarische Selbsthilfebewegung überhaupt treffen. Das beweist schon das Kesseltreiben gegen die Teilnehmer am Reichsbetriebsrätekongreß. Aus allen Teilen Deutschlands kommen Nachrichten von neuen Maßregelungen. So hat die Direktion der Wormser keramischen Werke den Betriebsratsvorsitzenden fristlos entlassen, die Belegschaft hat bereits als Abwehr den Streikbeschluß gefaßt und steht vor dem Kampf. Die Scharfmacher ganz Deutschlands richten heute ihre Blicke nach der Pfalz. Würden die Anilinarbeiter unterliegen, so wäre dies für das Unternehmertum ein Signal zu weiteren Vorstößen und Provokationen. Darum muß die gesamte Arbeiterschaft zusammenstehen und die Streikenden, die keinen Pfennig von den Gewerkschaftsführern bekommen, zu unterstützen, damit das chemische Kapital zurückgewiesen werden kann.

Die Vollversammlung der Berliner Betriebsräte brachte gestern einmütig durch Annahme einer Entschließung ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, eine Solidaritätsaktion für die kämpfenden Brüder in der Pfalz zu mobilisieren, um den Angriff des Unternehmertums auf den Achtstundentag abzuschlagen. In gleicher Weise bekunden auch die Solinger Betriebsräte ihre Solidarität mit den Kämpfenden. Das mitteldeutsche Proletariat darf den Berliner und Solinger Arbeitern nicht nachstehen, denn der Abwehrkampf, den die Brüder in der Pfalz gegen den Trust der Chemie-Industriellen führen, wird in aller erster Linie auch für die Leuna-Arbeiter und die Arbeiter in allen anderen chemischen Werken Mitteldeutschlands durchgeführt. Jetzt, nach dem Betriebsrätekongreß, beginnt erst der schwere Kampf um die Eroberung der proletarischen Machtposition. Ludwigshafen ist nur ein Vorpostengefecht. Der Reichsbetriebsrätekongreß hat das Arbeiterprogramm dem Stinnesprogramm der Cuno-Regierung gegenübergestellt. Mit größter Brutalität geht diese daran, ihre Pläne durchzudrücken. Dem Unternehmertum wird die volle Hilfe der Staatsgewalt zur Verfügung gestellt: die Pfälzer Elektrizitätsarbeiter sind heute schon durch Waffengewalt zur Sklavenarbeit gezwungen. Die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse steigert die Not aufs höchste, bei Kriegsbrot und Kohlrüben hungern und frieren die arbeitenden Massen. Die rechtssozialistischen Hessersdeser fallen den Arbeitern in ihrem Kampf in den Rücken. Der Fabrikarbeiterverband und der ADGB. proklamieren den Streikbruch und die Ablehnung jeglicher finanzieller Unterstützung. Der Sozialdemokrat Severing eröffnet einen Unterdrückungsfeldzug gegen die Kontrollausschüsse und stellt sich schützend vor die Wucherprofite der Ausbeuter.

Nur wenn die Arbeiterschaft dieser brutalen Energie der Cuno-Regierung und des Großkapitals eine aufs höchste gesteigerte Aktivität entgegensetzt, wenn die zielklaren Arbeiter in den Betrieben und Gewerkschaften an den letzten ihrer Klassengenossen herantreten, in die proletarische Kampffront einreihen und so die Sabotage der reformistischen Führer überwinden — **nur dann kann die völlige Verelendung des Proletariats abgewehrt und das Arbeiterprogramm des Betriebsrätekongresses verwirklicht, der Achtstundentag gesichert werden.**

Solidarität der Zimmerer Merseburgs

(Eigener Bericht.)

Merseburg, 6. Dezember.

Eine Versammlung der Zimmerer Merseburgs nahm gestern zu dem Kampf der pfälzischen Arbeiter Stellung und nahm folgende Entschließung an:

„Die am 5. Dezember 1922 in der „Junkenburg" zu Merseburg tagende Versammlung nimmt Kenntnis von dem heroischen Abwehrkampf der pfälzischen Arbeiterschaft und bekundet den kämpfenden Genossen und Genossinnen die vollste Sympathie. Sie begrüßt das mutige Vorgehen der Betriebsräte und des Reichsausschusses und stellt dabei fest, daß die Haltung der Gewerkschaftsspitzen hinsichtlich Unterstützung dieses heißen Kampfes ein durchaus arbeiterfeindliches ist, das scharf verurteilt werden muß. Die Zimmerer verlangen von den Zentralverbänden, denen die im Kampfe stehenden Arbeiter angehören, insbesondere den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, die sofortige Finanzierung dieses Kampfes um die unumgängliche Haltung des Achtstundentages. Nur dadurch kann der Kampf mit den protzenhaften Anilinkönigen für die Arbeiterschaft zum siegreichen Ende geführt werden. — Die Versammlung beschließt, aus der Lokalkasse 15 000 Mark dem Vertreter der Betriebsräte in Mannheim zu überweisen. Ferner stehen die Zimmerer auf dem Standpunkt, daß auf die herausgegebenen Sammellisten in reichlichem Maße zu zeichnen ist.

Organisierte Kollegen! Seht allerorts strengste Solidarität mit den kämpfenden Arbeitsbrüdern und Arbeitsschwestern der Pfalz!"

*

Die Zimmerer Merseburgs haben als die ersten ein schönes Beispiel aktiver Solidarität gegeben, dem die Ortsgruppen aller freigewerkschaftlichen Verbände, insbesondere der Fabrik-, Metall- und Bauarbeiter sowie aller anderen Berufe folgen müssen. Die aktive Solidarität der Zimmerer Merseburgs ist die beste Antwort auf die Streikbruchproklamation der gelben Führer des ADGB. und des Fabrikarbeiterverbandes.

Das Gewerkschaftskartell in Delitzsch hat ebenfalls, wie uns soeben berichtet wird, eine Sympathiekundgebung für die Streikenden beschlossen. So ist es richtig! Ein Sturm der Entrüstung und aktive Solidarität muß über das gelbe Führergesindel der Gewerkschaften hinweggehen das, obwohl es sich seine Gehälter aus den Beitragsgeldern der Arbeiter bezahlen läßt, vergißt, daß es aus der Arbeiterschaft hervorgegangen ist.

Solidaritätskundgebungen der Berliner und Solinger Betriebsräte

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 6. Dezember.

Die gestrige Vollversammlung der Berliner Betriebsräte, die zu den Ergebnissen des Betriebsrätekongresses Stellung nahm, erhob folgende Resolution einstimmig zum Beschluß:

„Wir heute versammelten Berliner Betriebsräte senden den kämpfenden Brüdern in der Pfalz unsere wärmsten Grüße! Wir wissen, daß der Kampf der pfälzischen Arbeiterschaft ein Kampf gegen die Durchführung des Stinnes-Programms ist. Ihr Sieg ist unser Sieg, ihre Niederlage unsere Niederlage! Kein Wort ist scharf **genug, um das Verhalten der Gewerkschaftsführer zu brandmarken, die Arm in Arm mit den Anilinkönigen den Arbeitern in den Rücken fallen.**

Wir geloben, die Berliner Arbeiterschaft zur Solidaritätsaktion für unsere kämpfenden Brüder zu mobilisieren. Wir sind dessen gewiß, daß die Berliner Arbeiter und die Arbeiter im Reich Mann für Mann alles tun werden, um der pfälzischen Arbeiterschaft das Durchhalten im Kampf zu ermöglichen. Wenn jeder 100 Mark pro Woche für die kämpfenden Brüder gibt, dann werden die Pläne der Anilinkönige und der mit ihnen verbündeten Gewerkschaftsführer an der Kampfentschlossenheit der pfälzischen Arbeiter und der Solidarität der gesamten Arbeiterschaft scheitern.

Berliner Arbeiter, ans Werk!

Die Gewerkschaften aber fordern wir in letzter Stunde auf, von ihrem Widerstand gegen den Willen des Proletariats abzulassen und die Bewegung pflichtgemäß zu sanktionieren und so zu stellen, daß der endgültige Sieg gesichert wird."

Solingen, 6. Dezember.

Eine Betriebsrätevollversammlung in Solingen nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Vollversammlung der Solinger Betriebs- und Berufsräte spricht den streikenden Anilinarbeitern der Pfalz, die die Betriebe verlassen haben, um die wegen der Teilnahme am Reichskongreß zu maßregelnden Betriebsräte vor der Brutalität der Unternehmer zu schützen, vollste Solidarität der Tat aus. Die Vollversammlung protestiert auf das schärfste gegen die Sabotage der Gewerkschaftsinstanzen und fordert alle Arbeiter auf, die Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaften zu schützen gegen die Zersplitterungspolitik der reformistischen Gewerkschaftsführer."

Neuwahlen in Oesterreich?

TU. Wien, 5. Dezember.

Morgen werden sämtliche Parteien des Nationalrates ihre Kandidaten für den außerordentlichen Kabinettsrat nominieren. Auch die Frage der Auflösung des Nationalrates und die Ausschreibung von Neuwahlen wird die Parteiklubs beschäftigen. In den nächsten Tagen soll der Zeitpunkt für die Neuwahlen festgestellt werden, da man glaubt, daß alle Parteien damit einverstanden sind, daß der Nationalrat noch vor Weihnachten durch ein Gesetz aufgelöst werden soll.

Der Vorstoß des Anilin-Konzerns

Als die durch den Willen der ihrer elenden Lage bewußten Arbeiter zum Reichsbetriebsrätekongreß entsandten Delegierten sich Rechenschaft gaben über geleistete und noch zu leistende Arbeit bestand Einmütigkeit darüber, daß das Maß politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung noch nicht voll, daß, getreu den Aeußerungen der Schwerindustriellen Thyssen und Stinnes, größere und schwerere Kämpfe bevorstehen. Diese Voraussicht des Reichsbetriebsrätekongresses hat nicht getäuscht. In allen Teilen Deutschlands provoziert das Kapital die Arbeiterschaft dadurch, daß es klassenbewußte Betriebsräte aufs Pflaster geworfen, daß alle Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes rücksichtslos übergangen, daß im Anschluß an die Maßregelungen erkämpfte Positionen der Arbeiter beseitigt werden.

Trotz aller Erklärungen und Beschlüsse steht fest, daß das Wort Kampf und dessen Anwendung vom ADGB. und den Verbänden verpönt ist, ob es sich um die Erhaltung des Achtstundentages handelt oder ob langjährige Gewerkschaftsarbeiter entlassen, ob es sich um die Abwehr „wirtschaftlich notwendiger Ueberstunden" oder um die Erkämpfung höherer Löhne handelt.

Diese Einstellung wird besonders charakterisiert durch die **Haltung des ADGB. und der in Frage kommenden Gewerkschaften beim Streik der chemischen Arbeiter in Ludwigshafen und bei der Durchbrechung des Achtstundentages im Farbwerk Leverkusen.**

Wie im Leuna-Werk so sind auch in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen, ständig bedroht von Tod und Unglück, über 20 000 Menschen beschäftigt. Es liegt im Wesen der Entwicklung der chemischen Großindustrie während und nach dem Kriege, daß große Massen von Arbeitern aus agrarischem und kleinbäuerlichem Hinterlande in diese Werke strömten, die erst in der nachrevolutionären Zeit in die Arbeiterbewegung eintraten. Genau so liegen die Verhältnisse im Leuna-Werk. Demgegenüber stehen aber z. B. in der BASF. Tausende von Handwerkern aus der Metall-, Holz- und Baubranche, die sicher die Hälfte der Belegschaft ausmachen, den Stamm bilden für eine klassenbewußte zielklare Gewerkschaftsarbeit. Die in den chemischen Fabriken in Frage kommende Hauptorganisation, der Fabrikarbeiterverband, geht nun von der Einstellung aus, daß die große Masse des ungelernten chemischen Proletariats erst in jahrelanger Erziehungsarbeit zu kämpfen gegen den chemischen Trust reif gemacht werden muß. Solange diese Erziehungsarbeit noch nicht abgeschlossen ist (wobei der Grad des Erreichten wahrscheinlich durch ein besonderes Thermometer festgestellt wird), ist nach diesen Bureaukraten jeder Kampf aussichtslos, erfolglos, muß jeder Hieb des chemischen Großkapitals widerstandslos hingenommen werden.

Getreu dieser Einstellung ging die Leitung des FAV. jedem größeren ernsthaften Kampf aus dem Wege und fiel ihren gegen den Willen der Bureaukraten kämpfenden Mitgliedern, so in Höchst, Frankfurt a. M., Leverkusen, Leuna und Bitterfeld, in den Rücken.

Den Gipfel der Schuftigkeit erreicht aber diese in Wahrheit gelbe Verbandsleitung in ihrer Haltung zum Streik der Belegschaft der BASF. Ludwigshafen. Unter der Kleikraten-Leitung eines, in der Mehrheit von klassenbewußten Gewerkschaftern, Mitgliedern des FAV., des DMV., des Verbandes der Maschinisten und Heizer, zusammengesetzten Betriebsrates errang nicht nur der Betriebsrat über das Gesetz hinaus Rechte, sondern der Betrieb war auch durch seine Arbeit für die Lohnpolitik der Arbeitsgemeinschaft der Gruppe Chemie führend. Der Betriebsrat verstand es, die Arbeiter fast restlos den freien Verbänden zuzuführen und sie trotz aller Mißstimmung bei diesen zu erhalten. **Der Betriebsrat hat sich insbesondere das Vertrauen durch das rücksichtslose Aufdecken der Ursachen des Opyauer Unglücks und durch sein Bestreben, ähnliche Vorkommnisse von vornherein zu unterbinden, erworben.**

Der Anilin-Konzern, der in seinem Vorgehen die ungeteilte Unterstützung der Leitungen des Fabrik- und Metallarbeiterverbandes findet, die diesen Streik als „wild" erklären, Unterwerfung und Preisgabe der gemaßregelten Betriebsräte verlangen, findet weiter Unterstützung bei dem die Pfalz besetzt haltenden „Erbfeind", dem französischen Militär. Die sich dem Streik anschließenden Elektrizitäts-, Gas- und Verkehrsarbeiter werden auf Grund des, von den Nationalisten so heiß bekämpften, von den Unternehmern zu Profit und Unterdrückung ausgenützten Versailler Vertrages requiriert. **Diese Maßnahme der Franzosen findet ungeteilte Zustimmung des Bürgertums einschließlich der Sozialdemokraten angesichts einer Kampagne, die diese Kreise gegen die angedrohte Besetzung des Ruhrgebiets unternehmen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221206-10/fragment/page=0001

Der Kampf der chemischen Arbeiter in der Pfalz bekommt ein ganz anderes Gesicht, wenn man ihn im Zusammenhang mit dem Vorstoß des ebenfalls zum Anilin-Konzern gehörenden Leverkusener Farbwerks betrachtet. Die Genehmigung der Ueberarbeit für die Leverkusener Farbwerke durch den Sozialdemokraten Grützner, die in der Linie des Stinnesprogramms liegt, fand auch die Zustimmung des Fabrikarbeiterverbandes. Es liegt in der arbeitsgemeinschaftlichen Einstellung der freien Gewerkschaften, in dem Willen mit den Kapitalisten auf Kosten der Arbeiter die Wirtschaft aufzubauen, wenn Ueberstunden bewilligt werden angesichts einer sprunghaft steigenden Arbeitslosigkeit. Es hätte zur Erklärung dieser Haltung wirklich nicht mehr bedurft eines ausdrücklichen Beschlusses, den der Ausschuß des ADGB. Ende November faßte und der besagt:

„Daß die Gewerkschaften über Ueberstunden mit sich reden lassen, wenn nachgewiesen würde, daß eine vorübergehende Ueberschreitung der Arbeitszeit notwendig ist, wie sie dies schon in der Vergangenheit getan hätten."

Die Haltung des ADGB. anläßlich des süddeutschen Metallarbeiterstreiks, der den „reinen Achtstundentag" brachte, die Bereitwilligkeit, Ueberstunden zu leisten, um einem angeblich schärferen, gesetzlichen Ueberstundenzustem zu entgehen, Hand-in-Hand-gehen mit Staat und Unternehmertum, die bereitwillig angenommene Hilfe des französischen Militärs wird immer größere Massen der Arbeiter überzeugen davon, daß sie mit dieser Führung verloren sind.

Es gilt, den Kampf gegen diese gelbe Führerschaft zu organisieren, es gilt, die Massen zu sammeln nicht nur zur aktiven Solidarität mit den Streikenden in der Pfalz, gegen den Neunstundentag in der chemischen Industrie; es gilt, die Aktion der Betriebsräte zu erweitern und zu vertiefen, damit der begonnene Kampf ein siegreicher wird.

Die Streikbruch-Proklamation des ADGB.

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 6. Dezember.

Der ADGB. erläßt folgendes Rundschreiben: „An die Vorstände der Zentralverbände."

Werte Genossen!

Der Vorstand des Fabrikarbeiter-Verbandes gibt uns Nachricht, daß in der Anilinfabrik in Ludwigshafen ein wilder Streik ausgebrochen ist, der von ihm nicht unterstützt wird. In dem genannten Betrieb ist der Fabrikarbeiter-Verband die führende Organisation im Sinne der Regeln für die Führung von Lohnkämpfen und Unterstützung von Streiks im gemischten Betrieb. Nach diesen Regeln dürfen auch die anderen in einem solchen Streik mitbeteiligten Verbände Unterstützung nicht zahlen, wenn die führende Organisation Unterstützung nicht gibt. Wir bitten deshalb, die Nachricht des Fabrikarbeiter-Verbandes zu beachten.

Mit Gruß!

Der Vorstand des ADGB.
gez. Welker.

Hier fordert der ADGB. die Verbandsvorstände, die sich dem spontan ausgebrochenen Massenwillen nicht entziehen konnten, in aller Form auf, den kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Damit stellt er sich mit den gelben Verbänden, die er zu bekämpfen vorgibt, auf eine Stufe. Er beruft sich bei diesem Vorgehen auf das vom Gewerkschaftskongreß abgelehnte, jedoch später vom Bundesausschuß angenommene Streikreglement.

Der Kampf des Chemischen Konzerns gegen die Arbeiter geht um die Einführung der zunächst neunstündigen Arbeitszeit, der die zehnstündige bald folgen soll. Der Kampf geht um die Durchführung des Cuno-Programms, dem die Sozialdemokratie ihre Unterstützung zugesagt hat. Das Gerede von der Erhaltung des Achtstundentages durch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ist ein elendes Geschwätz angesichts der Haltung des ADGB in dem Streik der Arbeiter in Ludwigshafen und der Zustimmung zum Neunstundentag in Leverkusen.

Die Arbeiterschaft ist in diesem Kampf von den Gewerkschaftsführern verlassen, sie ist nur auf sich selbst angewiesen. Deshalb muß die gesamte Arbeiterschaft diesen neuen Verrat der gelben Streikbrecher, die im Vorstand des ADGB. sitzen, durch tatkräftige Unterstützung der kämpfenden Arbeiter zunichte machen.

Die streikenden Anilinarbeiter an den Reichstag

Wie uns gemeldet wird, hat die Zentralstreikleitung folgenden Antrag an den Reichstag gestellt:

An den Reichstag der Deutschen Republik
Berlin.

Die unterzeichnete Zentralstreikleitung der streikenden Arbeiter des Ludwigshafener Industriegebiets sowie der Zehner-Ausschuß der Ludwigshafener Betriebsräte beantragen, daß der Reichstag durch Gesetz das Akkord- und Prämiensystem in der chemischen Industrie verbietet. Nach der Ueberzeugung der gesamten Belegschaft der BASF. war dieses System die wahre Ursache der Oppauer Katastrophe, die über Tausende von Arbeiterfamilien so schweres Unheil gebracht hat. Im Zusammenhang damit fordern wir ebenfalls gesetzliches Verbot von Ueberstunden in der chemischen Industrie.

Da die Behörden und die Direktion der BASF. sich von der Entschädigung für die Opfer der Oppauer Katastrophe drücken, und auch der Oeffentlichkeit jegliche Abrechnung über die Millionensummen der gesammelten Gelder vorenthalten, so beantragen wir ferner, daß:

1. die Unterstützung der Opfer der Oppauer Katastrophe gesetzlich geregelt wird;

2. daß eine scharfe Kontrolle über die Verwendung der gesammelten Gelder unter Hinzuziehung des Arbeiterrates der BASF. vorgenommen und das Ergebnis der Oeffentlichkeit bekanntgegeben wird.

Die Zentralstreikleitung des Ludwigshafener Industriegebietes:
J. A.: Bauer.

Der Zehner-Ausschuß der Ludwigshafener Betriebsräte:
J. A.: Mohr.

Das Elend der verunglückten Anilinarbeiter ist grauenhaft. Nach Feststellungen des Medizinalreferenten der pfälzischen Regierung sind 95 Prozent aller Kinder in der Pfalz tuberkulos. Millionen wurden zur Unterstützung der Opfer des Unglücks von Oppau aufgebracht, aber die Anilinkönige, die so brutal gegen die Arbeiter auftraten, haben über die gesammelten Gelder keinerlei Rechenschaft abgelegt. Doch sind die Anlagen des Oppauer Werkes rasch wiederhergestellt worden, eine riesige Dividende ist ausgeschüttet worden, und die Aktien der Anilinfabrik sind in schwindelnde Höhe gestiegen. Auch wir schließen uns dem Verlangen der Streikenden an und fordern eine sofortige parlamentarische Untersuchungskommission. Wo blieben die gesammelten Gelder?

Gegensätze in Lausanne

(Eigene Drahtmeldung.)

Lausanne, 5. Dezember 1922.

Bei dem Eintreffen der Russen ist die Haltung der Türken gegenüber der Entente entschieden fest. Dazu trägt vielleicht auch bei, daß die italienischen Vertreter sich dem Standpunkt der Türken nähern. Nach einer scharfen Redewendung Curzons gegen die Türken wurden die Verhandlungen abgebrochen. Tschitscherin nahm jedoch noch das Wort und gab in scharf umrissener Weise die schon bekannte Erklärung ab.

Die erste Sitzung der Konferenz, an der die Sowjetdelegation teilgenommen hat, war sehr bewegt. Nach der energischen Sprache der russischen und türkischen Delegation erklärte Lord Curzon, die türkische Abordnung „spotte der Konferenz, indem sie ihr weder Respekt noch Vertrauen erweise".

Genosse Tschitscherin erhob hierauf Einspruch wegen der Haltung der Alliierten, die ihrerseits keine Vorschläge machen und sich als Schiedsrichter aufwerfen wollen.

Die Gegensätze zwischen Italien und England sind ganz offen zutage getreten. Der italienische Delegierte weigerte sich, eine gemeinsame Antwort an Sowjet-Rußland zu unterschreiben und redete sich darauf aus, er müsse vorerst von seiner Regierung neue Instruktionen einholen. Schon bei der Frage der Zulassung Sowjet-Rußlands zu allen Konferenzarbeiten nahm Mussolini eine Sonderstellung ein, die deutlich genug zeigte, daß Italien als Mittelmeermacht seine Position gegen England auch dadurch stärken will, daß es die türkisch-russische These auf Freiheit der Handelsschiffahrt unterstützt. In diesem Zusammenhange verdienen auch die Verhandlungen Krassins mit Mussolini in Rom eine besondere Beachtung.

Die Schwierigkeiten, die der englischen Politik im Wege stehen, werden noch durch Verhandlungen der Kleinen Entente vermehrt. Wie die polnische Presse meldet, verhandeln die Vertreter der Kleinen Entente, dieser Vasallenstaaten Frankreichs, über die sofortige Anerkennung Sowjet-Rußlands in Lausanne.

*

Kompromiß der Ententemächte?

Lausanne, 5. Dezember.

Es hat den Anschein, als ob die am gestrigen Abend entstandene Spannung zwischen den alliierten Delegationen bereits als behoben angesehen werden kann. Allerdings handelt es sich hierbei um nicht viel mehr als ein Kompromißprodukt, das zunächst einmal die Wiederaufnahme der Verhandlungen ermöglichen würde.

*

Die Stellung der Türken

Die türkische Abordnung erklärt zu dem Konferenzzwischenfall, sie stehe auf dem Standpunkt, daß die Türkei Besitzer der Meerengen sei und deshalb nicht sie, sondern die anderen Mächte ihre Forderungen formulieren müssen, wenn sie betreffend der Schiffahrt besondere Wünsche hätten.

Zusammenschluß der Sozialisten mit den Faszisten

Rom, 5. Dezember.

Die italienische Regierung strebt die Vereinigung aller italienischer Arbeiterverbände, Vereine und Gewerkschaften zu einem großen Landesverband an. Mussolini hatte zu diesem Zwecke größere Besprechungen mit sozialistischen Abgeordneten, die ihrerseits mit dem faszistischen Gewerkschaftsführer Rossoni Besprechungen hatten. Damit wäre der Zusammenschluß der Arbeiterverbände in Italien eine vollendete Tatsache.

Die Klassenjustiz arbeitet

WTB. Zweibrücken, 5. Dezember.

Heute vormittag begann vor dem Schwurgericht unter großem Andrange des Publikums und unter besonderen Schutzmaßnahmen die Verhandlung gegen neun Angeklagte aus Lambrecht-Neustadt wegen Landfriedensbruches. Der Anklage liegen jene Ausschreitungen zugrunde, die sich in der Nacht des 30. Juni vor und in dem Wohnhaus des Fabrikanten Phil. Helfferich abgespielt haben, als kurz nach der Ermordung Rathenaus nachts gegen 12 Uhr eine Menschenmenge vor dem Wohnhaus Helfferichs erschien, um nach gewaltsamer Oeffnung der Tür den Reichstagsabgeordneten Helfferich, der mit dem Mord an Rathenau in Beziehung gebracht worden war, zu suchen, der bei seinem Bruder vermutet wurde. Als diese Vermutung sich als unbegründet erwies, zog die Menge, nachdem in dem Hause und außerhalb desselben Sachbeschädigungen und Diebstähle vorgenommen worden waren, unter Drohungen wieder ab. Die Anklage wurde gegen zwei kommunistische Stadträte von Lambrecht-Neustadt, einen kommunistischen Parteisekretär von Ludwigshafen und weitere sechs Teilnehmer erhoben.

WTB. Darmstadt, 5. Dezember.

Vor dem Schwurgericht begann heute die Verhandlung über die schweren Straftaten, die im Laufe des 27. Juni begangen worden sind. Angeklagt sind wegen Landfriedensbruch, Angriffs und Sachbeschädigung sieben Demonstranten aus Darmstadt und Umgebung. Es handelt sich um Gewalttätigkeiten gegen die Abg. Ojann, Dingeldey und v. Helmholt und um Beschädigung ihrer Wohnungen.

*

Die Justiz der Republik versäumt keine Gelegenheit, die Arbeiter in den Kerker zu werfen, die sich für den Schutz der Republik einsetzten. Die Hochverräter dagegen genießen ihren Schutz.

Fritz Eberts Ruhegehalt

(Eigener Bericht.)

Berlin, 5. Dezember.

Auf der Tagesordnung des Reichstages stehen Anfragen. Die Antworten der Regierung sind meist belanglos.

Von der kommunistischen Fraktion wurde angefragt wegen des Disziplinarverfahrens gegen den Reservelokomotivführer Boxenhardt in Parchim, der sich gelegentlich einer Demonstration nach dem Rathenau-Mord dadurch schuldig gemacht haben soll, daß er mit den Arbeitern das Niederholen der schwarzweißroten Flagge erzwungen hat. Die Regierung will erst erschöpfende Antwort geben, wenn das gegen Boxenhardt eingeleitete Strafverfahren abgeschlossen ist.

In einer weiteren Anfrage unserer Fraktion wird nach den Mißhandlungen und Beleidigungen der Soldaten im Mehrregiment Nr. 2 in Lötzen gefragt. Das Reichswehrministerium bestreitet die in der Anfrage aufgeführten Tatsachen und schiebt die ganze Angelegenheit „linksradikalen Rädelsführern" (?) in die Schuhe.

Eine Zentrumsanfrage behandelt den Fall Menne, der angeblich behauptet haben soll, die Regierung habe ihn im Falle, daß er von der Eisenbahnerbewegung zurücktrete, ein Dezernat im Ministerium angeboten bzw. als Ersatz hierfür verschiedene Millionen Mark. Die Regierung erklärt die angeblichen Aussagen Mennes für absolut unwahr. Gegen Menne sei dieserhalb Strafantrag gestellt.

Nach Erledigung der Anfragen wird in die Beratung eines Nachtrags zum Reichshaushaltplan eingetreten. Zu dem hiermit verbundenen Gesetzentwurf über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten spricht als einziger Redner unser Genosse Fröhlich.

Nicht nur das Ruhegehalt, sondern das Amt des Reichspräsidenten überhaupt ist eine absolut überflüssige Einrichtung, denn er ist bestenfalls der Platzhalter für den zukünftigen deutschen Monarchen. Wenn wir bei jeder Gelegenheit unsere Bedenken gegen den Reichspräsidenten im allgemeinen geäußert haben, so wollen wir bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, unsere besonderen Bedenken gegen den Reichspräsidenten und Sozialdemokraten Ebert zum Ausdruck zu bringen. Die von ihm in jüngster Zeit unternommenen Aktionen beweisen außerordentlich klar, welcher Schädling am deutschen Volke der Sozialdemokrat Ebert ist.

Der Gesetzentwurf geht hierauf in den Haushaltausschuß. Beim Nachtragsetat des Reichsjustizministeriums wird der neue Justizminister, der Volksparteiler Heinze, zunächst von Dr. Rosenfeld (Soz.) interpelliert, was er in seinem neu übernommenen Amte alles an Reformen zu bringen gedenke. Interessant war, daß Herr Heinze versprach, die Rechtsprechung wieder auf das Niveau größtmöglichster Objektivität zu heben, wodurch er also direkt zugab, daß die jetzigen bekannte Rechtsprechung bisher unter jedem zulässigen Niveau stand.

Scheidemanns patriotische Rechtfertigung

11 Jahre Zuchthaus gegen die Scheidemann-Attentäter beantragt

Leipzig, 5. Dezember.

In dem Prozeß gegen die Scheidemann-Attentäter vor dem Staatsgerichtshof wurde heute mit der Vernehmung der Zeugen fortgefahren. Geladen sind fünf Zeugen aus Kassel, die mit den Angeklagten dort in Berührung kamen. Neues erbrachte die Zeugenvernehmung nicht. Eine Beschlußfassung über die Ladung weiterer Zeugen wird zurückgestellt.

Nach Schluß der Zeugenvernehmung im Leipziger Prozeß hielt Scheidemann eine längere Rede, in der er sich gegen die „Vorwürfe", die von Oehlschläger und Hustert gegen ihn erhoben worden waren, auf echt Scheidemannsche Art „rechtfertigte". Man kann sagen, es gelang Scheidemann großartig, den Vorwurf, daß er „die Front unterminiert" und „die Matrosenmeuterei unterstützt" habe, zu widerlegen. Er erinnerte daran, daß er für eine glückliche Beendigung des Krieges den letzten Pfennig bewilligt habe, weswegen er gerade von den Kommunisten auf das Schlimmste angegriffen worden sei. Dann aber schilderte der zu Unrecht so schwer Verdächtigte in geradezu klassischer Weise die Rolle, die er zu Beginn der Novemberrevolution gespielt hat:

Im Reichstag erhielt ich zum ersten Male die Nachricht von der Meuterei der Marine, und zwar befand ich mich gerade in der Budgetkommission, als die Meldung einlief. Ich habe damals, genau so wie alle übrigen Mitglieder dieser Kommission, meiner Entrüstung über die Meuterei Ausdruck gegeben; später als wir der Staatssekretäre des Reichsmarineamts die eingelaufenen Meldungen zeigte, in denen über die verschiedenen Einzelheiten der Meutereien berichtet wurde, erklärte ich ihm: „Da sehen sie das furchtbare Unglück." In dem Telegramm war damals die Entsendung eines Abgeordneten als Vermittler gefordert; ehe noch überhaupt das Kabinett zu dieser Stellung nahm, verständigte ich mich telephonisch mit Noske und legte ihm nahe, nach Kiel zu reisen, um vort zu vermitteln. Diesem, meinem Vorschlag, hat sich dann das Kabinett angeschlossen und Noske nach Kiel entsandt. Das ist meine ganze „Teilnahme" an der Matrosenmeuterei, die, wie die Angeklagten behaupten, ich begünstigt haben soll.

Dieser selbe Scheidemann, der so entrüstet war über den Verzweiflungsausbruch der Kieler Matrosen und der den Noske nach Kiel schickte, um die Revolution im Keime zu ersticken, war nach dem Siege der Revolution am 9. November derjenige, der sich als großer Volksheld aufspielte und der vor dem Reichstag die deutsche Republik ausrief. Vor der Revolution war er durchaus nicht so unbedingter Republikaner; dennoch während der Regierung des Prinzen Max von Baden tat er sein Bestes daran, nicht „den Kaiser zu verraten", wie ihm Leute wie Oehlschläger und Hustert tatsächlich sehr zu Unrecht vorwerfen, sondern um der Dynastie Hohenzollern den Thron zu retten. Er betonte ausdrücklich, den Prinzen Max erklärt zu haben, Kaiser Wilhelm müsse zurücktreten, um die Monarchie zu erhalten!

Auf einen solchen Mann machen Nationalisten einen Mordversuch, anstatt ihn zum Ehrenmitglied ihrer Organisationen zu ernennen. Noch nie ist ein Attentat grundloser und sinnloser gewesen als das der Hustert und Oehlschläger auf den Kaiserlosozialisten und Revolutionsfeind Scheidemann.

*

Der Oberreichsanwalt Ebermayer beantragte in einem Plaidoyer je 11 Jahre Zuchthaus wegen Mordversuchs gegen Hustert und Oehlschläger. Für Oehlschläger beantragte er ferner noch 3 Monate Zuchthaus wegen Vergehens gegen das Waffengesetz und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre.

Ehrhardt höhnt!

Zum Hochverrat gegen die Republik fügt der Kappebell Ehrhardt auch noch den Hohn. Er erklärt, sich gestellt zu haben (denn es scheint in der Tat bei den mysteriösen Vorverhandlungen sich mehr um eine Selbststellung als um eine Verhaftung gehandelt zu haben), weil er überhaupt keine Strafe fürchte, da ja die Amnestie auch ihm zugute komme. Er sei nämlich beim Kapp-Putsch kein Führer gewesen. Man sieht, daß Ehrhardt von den Methoden der Ludendorff und Jagow gelernt hat. Sein Marsch von Döberitz nach Berlin durch das Brandenburger Tor war gewiß nur eine antibolschewistische Parade, bei der sich der Korvettenkapitän Ehrhardt an der Spitze seiner Sturmkompagnie ganz unter dem Oberbefehl Noskes dünkte.

Ebenso schön wie die höhnische Ausrede Ehrhardts, wonach er überhaupt keine Führer beim Kapp-Putsch gegeben hätte, ist die neuerliche Version, derzufolge führende „vaterländische" Kreise Bayerns gegen die Tätigkeit des Untersuchungsrichters Protest einlegen, da es sich um einen Eingriff in die bayrische Justizhoheit handelte. Es scheint also nach dieser Auffassung zur bayrischen Justizhoheit zu gehören, die führenden Kappebellen und das Haupt der Mordorganisation C frei herumlaufen zu lassen und vor dem Zugriff des Staatsgerichtshofes zu schützen.

Im übrigen ist nunmehr auch die Frage aufzuwerfen: Wer hat Ehrhardt verhaftet? WTB. verbreitet folgende Meldung aus München:

Zur Verhaftung des Kapitänleutnants Ehrhardt verlautet: Der Reichsgerichtsrat Dr. Mieß meldete sich nach seiner Ankunft in München bei der Polizeidirektion und erbat für seine Angelegenheit die Unterstützung der Münchener Polizei, die er in vollem Umfange erhielt. Die Verhaftung Ehrhardts erfolgte im Vernehmungszimmer unter Mitwirkung der Münchener Polizeibeamten.

Die Meldung, in der die Münchener Polizei sich rühmt, den seit zwei Jahren unbehelligt von aller Obrigkeit in Bayern lebenden Ehrhardt endlich gefangen zu haben, bekommt ihr Gewicht durch eine Mitteilung des „Miesbacher Anzeigers", nach der man ihn in Preußen und Sachsen trotz Haftbefehls nicht hat verhaften wollen:

„Es ist doch in norddeutschen Kreisen allgemein bekannt, daß zur Zeit der Bedrohung Oberschlesiens Korvettenkapitän Ehrhardt nach Berlin geeilt ist und in Berlin sich und seine Leute der Reichsregierung zur Verteidigung des Heimatbodens zur Verfügung gestellt hat. Es ist in Norddeutschland auch bekannt, daß diese Reichsregierung, in der Sozialdemokraten saßen, das Anerbieten Ehrhardts annahm und die Ehrhardt-Leute in Oberschlesien voll und ganz als disziplinierte Soldaten ihrem Mann gestellt haben. Es ist auch bekannt in Norddeutschland, daß Korvettenkapitän Ehrhardt in Leipzig vernommen worden ist und nicht verhaftet wurde."

Bayrische Monarchisten setzen den bayrischen Nationalhelden fest, den sozialdemokratische Polizeiminister in Berlin und Leipzig laufen lassen. Aber die Sache bekommt ihren guten Sinn, wenn man eine Feststellung der „Vossischen Zeitung" vom Sonntag daneben hält. Danach ist Ehrhardt als Anhänger der Angliederung Bayerns an einen monarchistischen Alpenstaat nur mit Mühe und Not dem Attentat eines „reichstreuen" Monarchisten entgangen.

Weder bayrische oder preußische und sächsische Polizisten noch ein pflichtgetreues Reichsgericht haben den Kapp-Putschisten gefangen: er hat sich selbst gefangen gegeben — um im Schutz der Stinnes-Republik sicher zu sein vor den Kugeln seiner Freunde. Die deutsche Großbourgeoisie hat die monarchistischen Verschwörer zur Einschüchterung der USPD. und Gewerkschaftsführer gut gebrauchen können. Jetzt, wo sie mit Hilfe der USPD. in der Macht sitzt, braucht sie Ehrhardt nicht mehr: Stinnes in der Ebert-Republik macht es besser.

Der Dollar heute vormittag 8350 Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221206-10/fragment/page=0002

Unzufriedene Parlamentarier

Sie können die kommunistischen Anklagen nicht mehr hören.

Die eifrige Vertretung der Interessen des Proletariats durch die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtags wird den Lobrednern des sogenannten „demokratischen Parlamentarismus“ immer unangenehmer. Und von Zeit zu Zeit jammern sie der Oeffentlichkeit etwas vor über den „Mißbrauch“, den nach ihrer Meinung die eifrige Ausnutzung der Parlamentstribüne durch die Kommunisten darstellen soll.

Je demokratischer sich die „Unzufriedenen“ sonst gebärden, je lauter sie nach der November-Revolution um die Wahl der Volksvertretung schrien, je begeisterter sie das bürgerliche Parlament als der Weisheit letzter Schluß preisen, je größer ihre Freude war beim letzten Wahlergebnis in Preußen mit der bürgerlichen Mehrheit — um so schärfer verdonnern sie jetzt mit einem Male dies Parlament.

Der ehemalige Innenminister Dominicus hat neulich in der „Frankfurter Zeitung“ vorgerechnet, wieviel Geld der Preußische Landtag heute kostet, wieviel gespart werden könnte, wenn der Landtag nicht in Permanenz tagte, sondern kürzere Verhandlungsabschnitte auf längere Pausen ohne Entschädigung folgen ließe. Der „Demokrat“ Dominicus ist ein grimmer Feind der Arbeiterschaft, aber ein schlauer Fuchs. Wenn er den Preußischen Landtag jetzt der Kosten wegen in Grund und Boden verdonnert, so ist seine wirkliche Absicht trotzdem klar erkennbar. Ein Landtag, aus lauter bürgerlichen Abgeordneten bestehend, allenfalls mit einer pseudosozialistischen Opposition, also kommunistenrein, könnte den „sparsamen“ Demokraten soviel kosten, wie er wollte — es wäre nicht zuviel. Aber daß die demokratischen Grundrechte des Parlaments und die teilweise wirtschaftliche Sicherstellung der Abgeordneten nun auch den Kommunisten zugute kommt, das macht den demokratischen Parlamentarier fast zum — — Antiparlamentarier. Der Vorschlag von Dominicus geht darauf aus, die kommunistische Opposition auszuhungern. Ihn selber würde die Kürzung der Bezüge für die Abgeordneten ja nicht fühlbar treffen; **bezieht er doch Millionenpensionen aus seiner ehemaligen Schöneberger Oberbürgermeisterschaft und für die fünf Monate preußischer Innenministerherrlichkeit!**

Höchst unzufrieden mit dem Preußischen Landtag ist auch der Bezirkssekretär Drescher von der VSPD. Aber nicht wegen der Kosten. Vielmehr haben es ihm, wie er in einem Artikel des „Volksblattes“ vom 4. Dezember auseinandersetzt, die kommunistischen Anträge und Reden neben den deutschnationalen Reden und Anträgen angetan. „Mißbrauch des Parlaments“ überschreibt Drescher seine spaltenlange Jeremiade, in der er das Geheimnis der „wirklichen Absichten“ der Kommunisten bei ihren Anfragen, Anträgen und Reden, funkelnagelneu entdeckt, den Lesern überantwortet. Das Parlament sei eine gute Sache. Aber da man „eben leider auch mit der besten Sache Mißbrauch treiben“ könne, machten das die Kommunisten. Sie „nützen alle Möglichkeiten der Geschäftsordnung aus“, um ihre Unzufriedenheit mit der Republik auszudrücken. Tagelang würde debattiert, „während man wichtige parlamentarische Arbeit vernachlässigt“. So liefe man ständig gegen das Parlament Sturm, das sei aber „der deutlichste Beweis für seinen hohen Wert.“ Nichts sei vollkommen, man könne auch am parlamentarischen System Mängel entdecken, „aber seine wertvollen Eigenschaften müssen anerkannt werden“. Gegen den Mißbrauch der guten Sache Parlament müsse man öffentlich Stellung nehmen. Das sind die Erwägungen Dreschers für seine Schreiberei und dann legt er los. „Die politische Heuchelei kann kaum überboten werden“, heißt es niederschmetternd und dann beweist er, wie die Kommunisten Sabotage treiben. Dreimal in einer Woche habe ein Antrag der KPD.-Fraktion auf Unterbrechung des Strafvollzugs gegen Max Hölz auf der Tagesordnung gestanden, dreimal ein Antrag derselben Fraktion „über Veranstaltungen monarchistischen Charakters in Ostpreußen (Hindenburgrummel)“. Ergebnis für Drescher: **„Das Plenum des Landtags wurde sonach nur wieder mal mißbraucht.“**

Wir wollen solchen Lächerlichkeiten nicht allzu viel Aufmerksamkeit schenken, aber doch feststellen, daß es nicht an den Kommunisten im Landtag lag, wenn der Antrag für Hölz erst zur Verhandlung kam, als er das drittemal auf der Tagesordnung stand. Herr Drescher hätte auf seine Fraktion und den sozialdemokratischen Präsidenten des Landtags einwirken sollen, daß der kommunistische Antrag für Hölz am ersten Tage an erster Stelle auf die Tagesordnung kam und daß er durch Zustimmung debattelos erledigt wurde. Dann wäre das Gegenteil von dem eingetreten, was Herrn Drescher so großen Kummer bereitet. Und ist das etwa so schlimm, wenn der Minister Severing aus dem Landtag auf die reaktionären Gefahren aufmerksam gemacht wird? Haben die „Helden“ von der SPD. die klägliche Rolle der Noske und Ebert beim Kapp-Putsch und ihrer Flucht über Dresden nach Stuttgart schon ganz vergessen? Wenn sie nicht mehr an ihre dumme Gutgläubigkeit und die sonstigen Eseleien erinnert werden wollen, dann mögen sie das doch schreiben oder sagen, aber nicht über „Mißbrauch des Parlaments“ jammern!

Daß Herr Drescher nicht gerne kommunistische Reden hört, wissen wir in Halle längst. Er hat bei solcher Gelegenheit schon zu oft üble Erfahrungen gemacht, wenigstens in öffentlichen Versammlungen, **denn im Landtag gehört Drescher ja zu den „großen Schweigern“** (richtiger gesagt zu den kleinen Schweigern). Weil er nun anscheinend das Maulhalten und Sitzungsschwänzen für „wichtige parlamentarische Arbeit“ hält, weil er wahrscheinlich jeden Zusammentritt des Parlaments für eine Störung seiner Ruhe ansieht, kommt er schließlich dazu, jede Verhandlung über kommunistische Anträge als einen „Mißbrauch des Parlaments“ zu empfinden. Der kleine Schweiger hat wirklich kein Gefühl mehr für Wirklichkeitstatsachen. Und die große Blamage, die er sich mit seiner lächerlichen Schreiberei im „Volksblatt“ zuzog, sicher auch bei einem Teil der Leser des VSPD.-Organs, scheint er gar nicht bemerkt zu haben.

Gewerkschaftsbewegung

Bezirkskonferenzen der Betriebsräte des DMV

An alle kommunistischen Metallarbeiter!

Der Hauptvorstand des DMV. beruft auf Grund eines Beschlusses des Reichsbeirates für die Monate Dezember und Januar Bezirkskonferenzen der Betriebsräte der Metallindustrie ein. Diese Konferenzen sollen sich beschäftigen:

1. mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage, dem Kampf gegen den Achtstundentag und den Arbeiten und Aufgaben der Betriebsräte innerhalb der Metallindustrie.
2. Die Neuwahl der Bezirkskommission der Betriebsräte vornehmen.

Unsere Fraktionen haben die Aufgabe, sich mit dieser Tagesordnung zu beschäftigen und dieselbe bei der Wahl der Delegierten, die in den Versammlungen der Betriebsräte vorgenommen wird, zu besprechen. Unsere Genossen haben die Aufgabe, daß die Bezirkskonferenzen entsprechend unserem Einfluß beschickt werden. Unsere Genossen haben insbesondere in den einzelnen Ortsverwaltungen dahingehend zu wirken, daß die Zahl der Delegierten nicht allzu sehr beschränkt wird, zumal der Hauptvorstand, der die Delegationskosten bis zu drei Delegierten übernimmt, selbst eine höhere Delegiertenzahl verlangt, die dann auf Kosten der Lokalkassen vorgenommen werden muß.

Vom Tage

Die amerikanische 12 000-Dollar-Spende — ein Tropfen auf den heißen Stein. Die „Neuyorker Staatszeitung“ hat zur Linderung der Not in Deutschland eine Weihnachtssammlung eingeleitet, der sich die mit ihr verbundenen Blätter angeschlossen haben. Als vorläufiges Ergebnis der Sammlung hat nun dieser Tage der Berliner Vertreter der „Neuyorker Staatszeitung“ dem Reichspräsidenten den Betrag von 12 000 Dollar überreicht.

Raubmordversuch auf eine achtzigjährige Frau. In Thonbrunn bei Roßbach (Tschechoslowakei) wurde die Frau des Packmeisters Grimm in früher Morgenstunde von einem angeblichen Hausierer überfallen und gewürgt. In verzweifeltem Kampfe gelang es jedoch der Frau, zu entfliehen. Als hierauf die 80jährige Mutter Grimms hinzukam, stürzte sich der Fremde auf die Greisin und stach blindlings auf sie ein. Er durchbohrte ihr mit dem Messer mehrmals den Hals und durchstach ihr auch die Zunge. Die beklagenswerte Frau flüchtete schließlich mit ihrem Enkelkinde und brach auf der Straße blutüberströmt zusammen.

Ein seltsamer Tod. In Gutental bei Morbach (Bez. Trier) wurde eine Frau auf dem Felde von einem epileptischen Anfalle betroffen. Ihr als sehr scharf bekannter Hund ließ niemanden an die Frau heran, so daß jede Hilfeleistung unmöglich war und die Frau, die mit dem Gesicht auf dem Ackergrunde lag, elendiglich ersticken mußte.

Aus der Provinz

Der Staatsmann Oeser enthüllt sich

Als Landeshauptmann Oeser zum Reichsminister des Innern berufen worden war, wiesen wir bereits darauf hin, daß man gut daran tue, wenn man seine Erwartungen nicht allzu hoch spanne. Wir verwiesen auch darauf, daß er in den anderthalb Jahren seiner Wirksamkeit als Landeshauptmann der Provinz Sachsen nichts anderes getan hatte als sein deutschnationaler Vorgänger. Jetzt hat Oeser in Merseburg eine Rede in einer öffentlichen Versammlung gehalten, die von Nationalismus nur so trieft und Oeser in seiner ganzen Nacktheit zeigt. Natürlich sprach er als ganzer „Staatsmann“; den „Demokraten“ hinzugefügt, der angeblich die goldene Mittellinie einhält, haben wir Oeser so wie er ist. Zunächst wies er nach, daß die Sozialdemokratie das Kabinett Wirth gestürzt habe. Der Reichskanzler Wirth habe seinerzeit den Versuch unternommen, die Koalition auf einer breiteren Basis zustande zu bringen. In den Vorverhandlungen habe die Sozialdemokratie sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie keine Einwendungen machte, wenn der Reichskanzler sein Kabinett vervollständigt durch Mitglieder, die der Deutschen Volkspartei nahestehen, ohne ausgesprochen parlamentarische Führer zu sein. Oeser ist der Meinung, es wäre möglich gewesen, eine Regierung auf dieser Basis zustande zu bringen. Wirth hat der Sozialdemokratie die Forderung überbracht, mit der Volkspartei ein Kabinett zu bilden, widrigenfalls er zurücktreten würde. Die Sozialdemokraten haben diese Forderung als noch nicht tragbar bezeichnet. Damit war die Regierungskoalition gescheitert und Wirth trat zurück. Daraufhin wurde Cuno mit der Kabinettsbildung beauftragt. Nach dieser Darstellung des neuen Innenministers ist die „Streitfrage“, wer das Kabinett Wirth gestürzt hat, eigentlich entschieden. Die Sozialdemokraten streiten die Schuld ab. Sie mögen sich mit Oeser weiter darüber auseinandersetzen, wenn sie dazu Lust haben. Oeser sprach dann auch zum **Achtstundentag.** Es ist für den Laien nicht leicht herauszufinden, ob er für oder gegen diesen ist. Wir wissen, daß die Bourgeoisie mitsamt Oeser den Achtstundentag zum Teufel wünscht. Jedenfalls meinte er aber, das Problem wäre einseitig (!) aufgestellt. Er gibt zu, daß in manchen Betrieben trotz des Achtstundentages mehr geschafft würde als früher, aber in manchen Wirtschaftszweigen sei die Produktion zurückgegangen. Letztere müsse aber unter allen Umständen gehoben werden, damit „wir“ wieder emporkommen. Die ganze Frage sei nur ein Teil des ganzen Wirtschaftsproblems. Er forderte, daß man der neuen Regierung Vertrauen entgegenbringe, damit sie etwas leisten könne. Man brauche aber Jahre, um zum Erfolg zu kommen. **„Ein schneller Regierungswechsel ist darum nicht dienlich.“** (Also her mit einem neuen Landeshauptmann! D. Red.) Zu dem reaktionären Bayernland scheint er eine besondere Vorliebe zu haben. Er meinte, es wäre falsch, sich gegen Bayern zu wenden. „Wir wollen keine Vertiefung des Gegensatzes zwischen Bayern und dem Reich, weil das national und politisch schädlich wäre.“ Natürlich, Bayern kann sich erlauben, was es will; Oeser wird es mit Samthandschuhen anfassen. **„Wir werden mit Dir gehen, was auch kommen mag!“** so rief er Bayern zu unter Hinweis auf etwaige Versuche der Entente, die Reichseinheit zu stören. Der Wille des deutschen Volkes gegen die Entente müsse durchgesetzt werden, genau so, als es seinerzeit in der Frage der Auslieferung der „sogenannten“ Kriegsverbrecher geschah. **„Wir müssen versuchen, die Kraft des moralischen Widerstandes in Deutschland zu stärken, einen geschlossen nationalen Willen zu erzeugen, den wir in kommenden kritischen Momenten brauchen.“**

Die Rede Oesers zeigt, wohin die neue Regierung mit ihrem demokratischen Innenminister steuert. Ein nationaler Wille muß entfacht werden, der Deutschland jedenfalls in noch größeren Gegensatz als bisher zur Entente bringen soll. Wohin das führt, brauchen wir wohl kaum zu betonen. Die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen können mit Oeser durchaus zufrieden sein. Die Arbeiterschaft hat aber alle Ursache, der neuen Regierung auf die Finger zu sehen und auf dem Posten zu sein. Jedenfalls wird es bald Zeit, die jetzige Regierung durch eine Arbeiterregierung zu ersetzen und die jetzt an der Regierung stehenden Männer wieder in die Wüste zu senden. Der Kurs, der nach Oeser jetzt eingeschlagen werden soll, führt uns nur noch mehr in die Sackgasse hinein, aus der es kein Entrinnen mehr gibt. Die Kosten hat dann wie immer die arbeitende Bevölkerung zu bezahlen.

Sympathiekundgebung des Delitzscher Kartells für die streikenden Pfälzer Arbeiter

Delitzsch, 5. Dezember.

In der gestrigen Kartellsitzung wurde zur Streikbewegung der Arbeitsbrüder in der Pfalz folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Das Gewerkschaftskartell Delitzsch und Umgegend spricht in seiner heutigen Sitzung den Streikenden in der Pfalz seine vollste Sympathie aus. Wenn die freiorganisierten Arbeiter wie Sklaven **behandelt** werden, indem man sie durch Polizeigewalt zu Notstandsarbeiten zwingt oder sie verhaftet, so erwartet die Arbeiterschaft von der Bundesleitung des ADGB., daß sie sofort der vereinigten Kapitalsmacht, den Besatzungsbehörden und der Cunoregierung **die geschlossene Gewalt des ADGB. entgegensetzt, indem sie den Streik aktiv unterstützt!** Der Arbeiterschaft im ganzen Reiche droht restlose Verelendung bei langer Arbeitszeit gegen Hungerlohn. Die Arbeiterorganisationen sind dazu geschaffen, die Arbeiterschaft auf eine höhere Kulturstufe zu bringen; darum müssen sie schnell und unwiderruflich die **Gesamtarbeiterschaft zur Unterstützung aufrufen. Tun die Führer dies nicht, so werden sie noch das letzte Vertrauen der Mitglieder verlieren; sie sind die Verantwortlichen, wenn die Arbeiterschaft auch noch den Achtstundentag verliert und dem langsamen Hundertod durch Unterernährung entgegengeht, während die Kapitalmagnaten die Milliardengewinne nicht mehr unterbringen und verschleiern können.** Die Hetze gegen die Betriebsräte und KPD. **ist schärfstens zu verurteilen, da diese nur ihre Pflicht der Arbeiterschaft gegenüber tun,** welche die Gewerkschaftsbureaukratie vergessen zu haben scheint. Ein Aufsichselbstbesinnen der letzteren ist noch möglich, doch ist dazu höchste Zeit. Für die Verwirklichung der 10 Punkte des ADGB., zu welchem der Leipziger Kongreß erneut den Auftrag gab, ist wieder die Gelegenheit gegeben. Es darf nur noch Unterdrücker und Bedrückte, ein Hüben und ein Drüben geben!“

Im Geschäftlichen wurde der Vorschlag des Bezirkskartells zur Kenntnis gebracht, die Kartelldelegierten auf zwei Jahre zu wählen. Hierbei wurde in Erinnerung gebracht, daß für jeden Delegierten ein Mandat von der betreffenden Gewerkschaft auszustellen ist, auch muß jeder Delegierte politisch organisiert sein. Das Bezirkskartell meldet Geldknappheit und hat deswegen Extramarken á 10 Mark herausgegeben, die von jeder Gewerkschaft pro Kopf einzutreiben und an das Bezirkskartell abzuführen sind. **Bei den sieben künstlichen Kreiskonferenzen des ADGB. ist viel** unnützes Geld vertan **worden! Den drei Delegierten zum Mitteldeutschen Betriebsrätekongreß zahlt man aber keine Tagegelder, angeblich auf Geheiß des Bezirkskartellvorsitzenden Berkling; als ob derselbe über die Gelder des Ortskartells zu bestimmen hätte! Darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.** Zum 2. Punkt, Bericht über die Betriebsräte- und Funktionärversammlung in Eilenburg, fand sich niemand, der einen Bericht darüber geben wollte. Der Kartellvorsitzende Plath entschuldigte sich damit, daß er der Mandatsprüfungskommission angehört hätte. So ging man über diese merkwürdige Sitzung verdientermaßen zur Tagesordnung über. Die Sammmellisten zur Altershilfe müssen seitens der Gewerkschaften in acht Tagen mit dem Kartellkassierer abgerechnet werden. In den Verteilungsausschuß sind gewählt: Ullrich, Härtel Rich., Mitschke, Förster, Frau Maier, Frau Bräuning, Petersen Paul und Heller. Die Namen werden dem Bürgermeister zur weiteren Veranlassung übermittelt. Der Turnverein Vorwärts hat für die Altershilfe zirka 10 000 Mark bei dem letzten Vergnügen erübrigt. Bei der Bibliotheksfrage bewiesen die VSPD.-Leute praktischen „Sozialismus“. Sie beanspruchten die Bibliothek für sich allein, trotzdem das Gewerkschaftskartell durch große Summen zur Anschaffung von Büchern beigetragen und die Bibliothekkommission stets vom Kartell gewählt wurde. Sozialisieren heißt bekanntlich vergesellschaften. Jedenfalls betrachten sich einige Mitglieder der VSPD. als die alleinige Delitzscher Gesellschaft! Der Preis von 10 Mark für Abstempelung der Brotkarten besteht nicht zu Recht, sondern es herrscht eine gewisse Willkür in der Abnahme dieses Preises. Der Kollege Schwabe ist der Sache auf den Grund gegangen und hat nur 1 Mark Stempelgebühr bezahlt. Bei dieser Gelegenheit ist ihm vom Branddirektor Sch. gesagt worden, er solle es nicht in die Oeffentlichkeit bringen! Jedenfalls haben alle diejenigen, welche 10 Mark für das Stempeln bezahlten, 9 Mark zurückzubekommen. Die Preisprüfungsstelle, welche den Preis festzusetzen hat, weiß nicht, wer den Preis bestimmt hat. — Vom Bildungsausschuß wird darauf hingewiesen, daß am nächsten Mittwoch Operettenabend ist. Zahlreicher Besuch wird erwünscht. Die Galerievorderreihe wird numeriert, um das lange Warten der Besucher auszuschalten. Das Jugendkartell macht durch seinen Vertreter bekannt, daß am Sonntag, dem 10. Dezember, nachmittags 3 Uhr, eine **Demonstration gegen Elend und Teuerung und für Erhaltung des Achtstundentages** stattfindet und fordert alle Erwachsenen auf, daran teilzunehmen. Das Kartell beschließt einstimmig die Teilnahme. Wir fordern hierdurch alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf, mit zu demonstrieren, um die Kundgebung zu einer wuchtigen zu machen. Auch alle Hausfrauen werden zur Teilnahme aufgefordert, weil gerade sie am meisten unter der immer steigenden Teuerung zu leiden haben, mitsamt ihren Kindern. Heraus zum Protest! Die Abänderung der Ueberfüllung des Bitterfelder Frühzuges 5.52 wird von den Eisenbahnern in die Wege geleitet.

Agrarier lassen Arbeiter niederschießen

Ein Fall, wie er leider nicht selten vorkommt, hat sich in Hadmersleben (Kreis Magdeburg) zugetragen. Der Arbeiter Kuhfuß, der im 41. Lebensjahre steht und Vater von vier Kindern ist, hat etwas Kleinvieh; und weil er etwas Futter und Stroh brauchte, suchte er in seiner Not in den Strohdiemen des Rittergutsbesitzers Heine etwas zu erlangen. Bei der Heiligkeit des Privateigentums ließ aber der Rittergutsbesitzer Polizisten aufmarschieren, **die den Arbeiter Kuhfuß niederschossen und im Straßengraben liegen ließen.** Der Arbeitermörder heißt Ratge (aus Hadmersleben) und ist verschwunden. Die Junker und Raubritter vom Schlage der Kühne auf Petzow machen in der Republik überall Schule — bis die Arbeiter aufgeräumt haben!

Elektrische Eisenbahn Leipzig—Magdeburg

Am 19. Dezember werden die Fahrleitungen der elektrischen Zugförderungsanlage auf dem weiteren Streckenabschnitt Dessau—Magdeburg—Rothensee unter Spannung gesetzt. Damit ist die ganze Bahn „elektrisiert“. Es handelt sich um die größte elektrische Vollbahn Deutschlands.

Warnung!

Wir warnen alle Ortsgruppen der KPD. und KJ. vor dem ehemaligen Jugendgenossen Paul Kloß, Greppin. Er ist geboren am 20. April 1902, hat mittlere Statur, dunkelbl. Haar, Haltung etwas vorn übergebeugt. Nachdem er versucht hatte, durch Vorspiegelung falscher Tatsachen sich Geldmittel zu verschaffen, stahl er bei seinem letzten Aufenthalt in Piesteritz einem Genossen, bei dem er geschlafen hat, eine Hose. Wir fordern alle Genossen auf, ihm, sobald sie seiner habhaft werden, die Mitgliedskarte der KJ. abzunehmen.

Der Genosse Otto Richter aus Altranstädt, geboren am 27. Juni 1904, wohnhaft Ragnitz, ist aus der Organisation ausgeschlossen, weil er die Gruppe schwer geschädigt hat. Wir ersuchen alle Genossen, den Otto Richter an keinem Gruppenabend mehr teilnehmen zu lassen.

Bezirksleitung der KJ., Halle-Merseburg.

Raßnitz. Eine öffentliche Volksversammlung fand hier statt. Der Genosse A. Wulf (Merseburg) referierte über Teuerung und die Abwehr der Arbeiterklasse. Der Redner schilderte die Entstehung sowie den Verlauf des Betriebsrätekongresses, ferner die Sabotage des Unternehmertums mitsamt der Gewerkschaftsbureaukratie. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist dessen Werk selbst. Aufgabe der Kommunisten ist es, daß wir klar sagen, was die Arbeiter zu tun haben. Die Betriebsräte haben die Aufgabe, alle Arbeiter zusammenzufassen zum Kampf gegen den Kapitalismus. Lebhafter Beifall wurde dem Redner zuteil. In der Diskussion berichtete der Genosse Schumann kurz über den Bezirksbetriebrätekongreß in Merseburg. — Die nächste Parteiversammlung findet Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 Uhr, in Raßnitz statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Zschortau. Ein Einbruchsdiebstahl wurde in der Nacht zum 2. Dezember auf Rittergut Zschortau verübt. In der Scheunentenne befand sich ein mit Zucker beladener Wagen, von dem die Täter Kenntnis erhalten hatten. Sie stiegen in der Nacht durch Luken unter dem Dache ein, hoben vier 2-Zentnersäcke an Stricken hoch und entfernten sich damit. Bis jetzt hat man keine Spur, wer als Täter in Frage kommt. Der Rittergutsbesitzer hat für Ermittelung der Täter zwei Zentner Weizen als Belohnung ausgesetzt.

Sandersdorf. Es geht vorwärts! Eine am 2. Dezember stattgefundene öffentliche Versammlung war recht gut besucht. Etwa 140 bis 150 Arbeiter und Arbeiterinnen waren dem Rufe, in der Versammlung zu erscheinen, gefolgt. Genosse Paul Taube (Bitterfeld) sprach über das Thema: „Die Verelendung des Proletariats“. Eine Diskussion fand nicht statt. Am Schlusse der Versammlung forderte der Redner die Anwesenden auf, sich enger zusammenzuschließen und die Gründung einer Ortsgruppe vorzunehmen. Hierzu erklärten sich sofort 22 Genossen bereit. Pflicht eines jeden Genossen ist es nun, tatkräftig mitzuarbeiten, um die kommunistische Bewegung auch hier und in der Umgebung vorwärts zu tragen.

Golpa. Betriebsratswahlen. Am 30. November und 1. Dezember fanden auf Grube Golpa die Betriebsratswahlen statt. Das Resultat ist folgendes: Liste 1 (aufgestellt von den Vertrauensleuten ohne Rücksicht auf Parteistellung, sämtliche Kandidaten aber freigewerkschaftlich organisiert) 1685 Stimmen; Liste 3 (Werkmeisterbund, gelb) 100 Stimmen; Liste 4 (VSPD.) 159 Stimmen; ungültig 11 Stimmen. Liste 2 war die der Angestellten, die sich aber an der Wahl nicht beteiligten. Insgesamt sind also abgegeben 1955 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 70 Prozent. Die VSPD. ist trotz ihrer Hetzarbeit gegen die freigewerkschaftliche Liste elend hineingefallen. Wir können mit dem Ergebnis recht zufrieden sein, da die Liste 1 vorwiegend kommunistische Vertreter aufzeigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221206-10/fragment/page=0003

Provinz-Chronik

In **Bitterfeld** verunglückte der auf einem Werke mit Verladearbeiten beschäftigte jugendliche Arbeiter Walter Berthold, indem er zwischen die Puffer zweier Wagen geriet. Infolge innerer Verletzungen ist er auf dem Transport zum Krankenhause verstorben. — Vermißt wird seit dem 13. November die landwirtschaftliche Arbeiterin Emma Schleier, geb. 5. Juni 1904 in **Düben, Kr. Bitterfeld**. Die Schl. war auf dem Wege von Hohenroda nach Brinnis. — Auf der Eisenbahnstrecke zwischen Köthen und Halle ereignete sich Sonntag ein schwerer Unfall. Im Speisewagen des D-Zuges Hannover—Leipzig befand sich ein betrunkener Passagier, der die Tür des Wagens öffnete und hinausstürzte. Dem Fahrdienstleiter in Halle wurde Meldung von dem Vorfall erstattet, die Strecke sofort abgesucht und hierbei der Hinausgestürzte mit einem schweren Schädelbruch neben dem Gleise liegend aufgefunden. Mit dem nächsten Personenzuge wurde der Mann nach Halle gebracht und sofort in die chirurgische Klinik eingeliefert. Aus den Papieren des Schwerverletzten wurde festgestellt, daß es sich um den Kaufmann Ernst Müller aus Plaue bei Flöha in Sachsen handelt.

Neue Druckschriften

„**Der Kommunistische Genossenschafter**" Nr. 28 vom 2. Dezember ist erschienen. Der Genossenschafter erscheint als Beilage zum „Kommunistischen Gewerkschafter". Neben einem kurzen Bericht über den Reichsbetriebsrätekongreß bringt er einen Artikel, der sich mit dem Antrage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrats, der die Beseitigung des Arbeiterschutzgesetzes für Bäcker und Konditoren vom November 1918 verlangt, beschäftigt; auch enthält diese Nummer eine Fülle von Material über den Bäckerkampf. Mit der Ablehnung der Umsatzsteuerbefreiung der Konsumvereine durch die VSPD. im Reichstag beschäftigt sich ebenfalls ein Artikel. Ueber die erste Internationale Konferenz kommunistischer Genossenschafter in Moskau enthält die Nummer einen ausführlichen Bericht. Alle Konsumvereinsmitglieder müssen den „Kommunistischen Gewerkschafter" abonnieren, am besten bei der Post.

Arbeitereltern, abonniert für Eure Kinder die Arbeiter-Kinderzeitung, den „Jungen Genossen"

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 und 4 bis 5 Uhr.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Verwaltungs-Sitzung der Produktiv-Genossenschaft

am Donnerstag, dem 7. Dez., abends 7 Uhr, im Sitzungszimmer, Lerchenfeldstraße 14.

Die Sitzung muß pünktlich beginnen.

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H.
Fritz Kroh.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Mitglieder-Versammlung a. Donnerstag, 7. Dez., abds. 7½ Uhr, im groß. Saale des „Volkspark". Ref.: Gen. Böttcher, Leipzig.

Sämtliche kommunistische Aufsichtsräte, Lagerhalter u. Betriebsräte des Allg. Konsum-Vereins Halle. Freitag, 8. Dez., abds. 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Sitzung.

Sämtliche Funktionäre d. Distrikts 18. Donnerstag, 7. Dez., nach d. Versammlung i. „Volkspark": Sitzung. Stichelkarten u. Mitgliedsliſten mitbringen.

Achtung, Distriktsführer! Mittwoch 21, Donnerstag 22, Freitag Belegschaft, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft".

Kreis Wittenberg.

Wittenberg. Donnerstag, 7. Dezemb., abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg: **Bildungskursus.** Ref.: Gen. Höcker.

Kreis Delitzsch.

Freiroda-Radefeld. Donnerstag, den 7. Dezbr., abds. ½8 Uhr, im Gasthof Radefeld: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Genosse Schippa, Halle.

Kreis Bitterfeld.

Holzweißig. Donnerstag, 7. Dezember, abds. 8 Uhr, im Häßerschen Lokal: **Bildungskursus.** Referent: Genosse Finteimeyer, Halle.

Kreis Merseburg.

Merseburg. Freitag, 8. Dezbr., abds. 8 Uhr, in der „Funkenburg": **Mitgliederversammlung.**

Kreis Zeitz.

Zeitz. Freitag, 8. Dezbr., abds. 7½ Uhr, im „Schützenhaus": **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Höllein.

Kreis Sangerhausen.

Voigtstedt. Freitag, 8. Dezbr., abds. 8 Uhr, im Gemeindegasthof: **Mitgliederversammlung.** Refer.: Gen. Lademann. Klassenkampfleser sind willk.

Alle Ortsgruppen der KPD. die Veranstaltungen vornehmen und hierzu Drucksachen benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Mitteldeutscher Mieter-Verband
Sitz Halle.

Freitag, den 8. Dez., abends 8 Uhr, im „Volkspark" (großer Saal):

Oeffentliche
Mieter-Protest-Versammlung

Sonntag, den 10. Dez., vorm. 9 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Halle, Karlstraße 14: 5031

Versammlung der Mieterräte

Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig. **Der Vorstand.**

Bekanntmachung.

Unter ungeheurem Kostenaufwand haben wir das Aufführungsrecht für das weltbewegende Filmwerk:

Der Graf von Essex,

7 Akte Aus dem Liebesleben der Königin Elisabeth **7 Akte** von England, deren Intrigen auch Maria Stuart zum Opfer fiel, erworben. Derselbe geht ab **Freitag, den 8. Dezember**, in den C.-T.-Lichtspielen, am Riebeckplatz, in Szene. Um einem geehrten Publikum Gelegenheit zu geben, sich vorher einigermaßen über die Qualitäten dieses monumentalen Werkes zu unterrichten, beginnen wir heute mit der Veröffentlichung einiger Presseurteile über die Berliner Uraufführung und empfehlen diese geneigtester Beachtung.

C.-T.-Lichtspiele
Am Riebeckplatz.

„**Berliner Morgenzeitung**":
. . : im Marmorhaus hat das historische Kolossalgemälde in 7 Akten durch großartige Aufmachung und vortreffliche Darstellung einen unbestrittenen Erfolg erzielt.

„**Vorwärts**":
. . . Historischer Horizont. Und auf diesem Horizont tummeln sich alle Wetter menschlicher Leidenschaft. Urtriebhaftes und vom Zivilisationsfluch in die Menschheit hinein Gehämmertes.

„**Die Welt am Montag**":
. . . effektreich sind die Massen- und Kampfszenen und die Erstürmung des Towers.

„**Film-Kurier**":
Ueberzeugungskraft des ganzen Werkes in seiner ganz unbestreitbaren Größe . . . . hier weht ein schaffender Odem mit ursprünglicher Wirklichkeit . . ein starkes mächtiges Sujet . . . 5020

Fritz Steidl
der **beliebte** und **berühmte Komiker** mit seinem bekannten Ensemble 5034
kommt
Wann? Wohin?
Auskunft gibt Ihnen die morgige Ausgabe dieser Ztg.

Werbt f. d. Produktiv-Genossenschaft

„Wintergarten".
Freitag u. Sonnabend ringen um die 50 000-Mark-Prämie:
Pinetzki gegen v. d. Heyd
Revanchekampf 5036
Albert Hein geg. v. d. Heyd
Beginn der Kämpfe 8½ Uhr.
Karten-Vorverkauf im „Wintergarten"-Café.

Stadt-Theater.
Donnerstag, 7. Dez., Anf. 7½, Ende 11:
Maria Stuart.
Trauerspiel von Fr. Schiller.
Freitag: 5027
Ein Maskenball.

Gold- und 5032 **Silber-Bruch**
bezahlt Ihnen am ehrlichsten der Fachmann
Uhrmacher Georg Thiel
Merseburger Str. 184, Nähe Riebeckplatz

Ansichtspostkarten empfiehlt die **Volksbuchhandlg.**

Adolf Beer
Fernruf 2276 kauft Fernruf 2276
Alteisen
Wolle 5022
Felle
Lumpen
sämtl. Sorten Papier
Altmetalle
zu Tagespreisen.
Kutschgasse 2.

Jetzt schon Weihnachts-Einkäufe zu machen ist günstig, denn **Schirme, Stöcke, Fächer,** alles ist **Elfenbeinschmuck,** immer noch sehr preiswert bei 4970 **F. B. Heinzel,** Leipziger Straße 93/98.

Restaurant Produktiv-Genossensch. Halle a. S.,
Lerchenfeldstr. 14
empfiehlt seinen kräftigen
Mittag- u. Abendtisch
Bier: Gl. 35,00.

Gold- u. Silber-Bruch
kauft zu höchsten Preisen 5026
Albert Brachert,
Röpziger Straße 192,
Telephon 2316. Telephon 2316.

Werbt für den „Klassenkampf".

Gold- **Silberwaren, Zahngebisse, Brillanten, Uhren, Ketten, Ringe** kauft **Steinweg 25**
H. Lichtenstein. 5035

Schokoladen
Zuckerwaren usw. 756
kaufen Wiederverkäufer a. billigsten b.
Bachran & Co.,
Markt 6, gegenüber Börse.

Bekanntmachung.
Alteisen-Verkauf.
Termin: 11. Dezember, vorm. 10 Uhr, im Wagegebäude, Zimmer Nr. 23. Bedingungen: Rathaus, Zimmer Nr. 1, gegen 10 Mk. 5025
Städtisches Tiefbauamt.

Nachtklub- u. Fliegermützen
größte Auswahl, beste Verarbeitung
J. Kaliga,
Gr. Klausstr. 35.

Platin- Gold- Silber- **Bruch** 5010
Zahngebisse
Dollarst. freibleib.
Brillanten
kauft z. reell. Preis
Willi Meyer,
Gr. Märkerstr. 3, II. l.
Geöffnet 7 b. 9 Uhr

Lassen Sie sich nicht durch Zahlen täuschen!
Ich überbiete jede Konkurrenz und zahle höchste Preise f. a. Sorten
Lumpen, Knochen, Papierabfälle, Zeitung., Eisen, Felle und andere Rohprodukte.
E. Günther,
Grasweg 3, Teleph. 6130.
5019

Zahle höchste Preise für 5033
Rotguß, Messing, Kupfer usw.
Hofmann,
Leipziger Str 27, am Turm.

Fußbälle
Spezialität: 765
Marke „Salzgraf"
pa. Panzer-Kernchromled.
anerkannt erstklassig!
Jungmann-Bälle
Sportgerechte
Fußballstiefel, Jugendstiefel.
Solide Ware.
Große Auswahl.
J. Schärer & Cie.
Halle (Saale)
Gr. Ulrichstraße 40
Eing. Kaulenberg).

Eisleben.

Bekanntmachung.

Die Verordnung des Magistrats vom 21. September 1920, wonach die Geschäftsinhaber verpflichtet sind, im Verkaufsraum, im Schaufenster oder am Betriebsstand an gut sichtbarer Stelle ein Preisverzeichnis bzw. an jeder ausgestellten Ware Preisschilder anzubringen, ist noch in Kraft. Da diese Anordnung von den hiesigen Geschäftsinhabern lässig, zum größten Teil garnicht beachtet wird, fordern wir hierdurch zum sofortigen Aushang der Verzeichnisse auf. Wir haben strenge Kontrolle angeordnet und werden gegen Zuwiderhandelnde das Strafverfahren einleiten. Die Verordnung hängt im Rathause zur Einsichtnahme aus.

Eisleben, den 2. Dezember 1922.
Die Polizeiverwaltung.

Größte Auswahl, billigste Preise für Bettstellen, Matratzen, Kinderwagen. 3021
Auf Wunsch bequeme Teilzahlg!
Erstes Spezialgeschäft
Bruno Paris,
Kl. Ulrichstr. 2
(Eing. Kanzleigasse)

Kaufe jeden Posten
Weinflaschen
Zahle Stück
30 und 40 Mk.
Oskar Rohrmann,
Steinweg 30a.

Die Beleidigung gegen Herrn Ritze nehme ich zurück.
F. Schlesier.

Modezeitungen
Volksbuchhandlung 836

E. J. Gumbel:
Vier Jahre politischer Mord!
Preis 525 Mk.
Zu beziehen durch die F
Bezirks-Buchhandlung,
Halle a. d. S.,
Lerchenfeldstr. 14.

Geschlechtsleiden!
Drei lehrreiche Hefte, à Stück Mk. 10,00, Porto extra. 1. **Harnröhrenleiden** (frisch und veraltet) mit Anhang: **Weißfluß d. Frau.** 2. Behandlung der **Syphilis.** 3. **Nervenschwäche** spez. **Manneschwäche.** Keine Berufsstörung, keine gift. Einspritz. Viele Anerkennungen. Schreiben Sie sofort, welches Leiden Ihnen Sorge macht. Alles völl. diskret. Dr. med. **H. Schmidt,** Spezialinstitut G. m. b. H. *763
Berlin NW 60, Rathenower Straße 73, Sprechst. 10—1, 4—7.

Arbeitsschuhe Gr. 40, guterh., zu verk. **L.-Bucherer-Str. 31,** pt., b. Henze

Jugendschriften
empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Holzschuhe, Holzpantoffel, Pantoffelhölzer,
en gros empfiehlt en detail
H. Worg, Holzschuh- und Pantoffelfabr.
Zwintschöna (4 Min. v. Station Dieskau)
Telephon 1840. *764

Achtung! Achtung!
Mache hiermit der werten Kundschaft von **Halle und Umgegend** bekannt, daß ich morgen, Donnerstag, den 7. Dezember, in **Trotha,**
Trothaer Straße 55 (Hof)
ein neues Zweiggeschäft eröffne.
Zahle nach wie vor **die höchsten Tagespreise** für:

Bücher u. Zeitungen . .	100 Mk.	**Flaschen**	25—32 Mk.
Lumpen, unsortiert .	80—100 „	**Hasen (Winter-)** . .	bis 1000 „
Alt-Eisen	60—100 „	**Kanin** Ia.	bis 1000 „
Knochen	60 „	**Katzen**	bis 1000 „
Papier, unratfrei	70 „	**Ziegen**	bis 5000 „

Alt-Metalle zu Börsenpreisen! Bei Metallen Ausweis erforderlich!
Ein Versuch macht klug!
G. Helmert,
Hauptgeschäft: **Albrechtstraße 24 (Hof).**
1. Filiale: **Meckelstraße 16.**
2. „ **Trödel 12** (am Markt).
3. „ **Trothaer Straße 55 (Hof).**
Geschäftszeit **von 8—6 Uhr abends.** 5037 **Kostenlose Abholung.**

Anna Theuring,
Nur Große Wallstraße 42,
Telephon 4263 **Telephon 4263**
zahlt für:

Lumpen, unsort., ohne Sackzeug	**100 Mk.**
Knochen	**60** „
Papier	**75** „
Bücher und Zeitungen .	**100 Mk.**
Alteisen . . . **von 50 bis 90**	„

Ferner kaufe ich alle Sorten
Felle, Flaschen und Altmetalle zu Börsenpreisen.
Kostenlose Abholungen. 5030

Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit bei der Bezirksbuchhandlung Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14, die illustrierte Broschüre

FRITZ KROH
PRODUKTIV-GENOSSENSCHAFT HALLE-MERSEBURG
Mit einem Vorwort von GEORG SCHUMANN

zum Preise von 95,— Mk. Die Zustellung soll durch den Austräger / die Post erfolgen. Wer Porto sparen will, überweise den Betrag auf unser Postscheckkonto Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle, mit dem Bestellungsvermerk.

Wohnort: .... den 1922

Name: ....

Straße: ....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221206-10/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 6. Dezember 1922

Jungproletariat, wehre Dich!

Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ungeheuer ist die Not und das Elend, das auf Euch lastet. Mit allen Mitteln versucht das Unternehmertum, die Kosten des verlorenen Krieges auf das gesamte Proletariat abzuwälzen. Das Jungproletariat hat besonders schwer zu leiden, da es sich bisher nicht zu wehren wußte. Das muß anders werden. Was wollt Ihr, Ihr Lehrlinge, Ihr jungen Arbeiter und Arbeiterinnen mit den Bettelpfennigen machen, die man Euch als Lohn gibt? Nicht nur, daß Ihr ein williges Ausbeutungsobjekt in den Händen des Unternehmers seid, nein Kollegen, durch die Billigkeit Eurer Arbeitskraft werdet Ihr zu Lohndrückern gegenüber der erwachsenen Arbeiterschaft.

Mit allen Mitteln versucht jetzt das Unternehmertum, Euer Lebensniveau noch weiter herabzudrücken. Durch einen Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses sollt Ihr, Lehrlinge, nicht mehr acht Stunden arbeiten, sondern es soll eine neunte Stunde als „Aufräumungsarbeit" hinzukommen. Ferner soll der Besuch der Fortbildungsschule nach der Arbeitszeit stattfinden.

Kollegen, was bedeutet das? Nichts anderes, als die **Einführung der 60-Stundenwoche für das Jungproletariat.** Anstatt den Sechsstundentag, den wir fordern, gibt man uns den Neunstundentag; anstatt Verlegung der Schulzeit in die Arbeitszeit sollt Ihr, wenn Ihr müde und zerschlagen seid, die Fortbildungsschule besuchen. Kollegen, wollen wir mut- und tatenlos uns das gefallen lassen? Nein, und abermals nein! Wir müssen uns gegen diese Maßnahmen wehren, damit wir nicht noch mehr verkümmern. Die jugendlichen Delegierten auf dem Reichsbetriebsrätekongreß fordern Euch auf, am 10. Dezember zu demonstrieren für die Forderungen der Jugend, die auf dem Reichsbetriebsrätekongreß angenommen worden sind.

Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Unsere Forderungen können nur dann erfüllt werden, wenn das gesamte Jungproletariat dahintersteht. Darum Kollegen und Kolleginnen, auf zur Demonstrationsversammlung am Sonntag, dem 10. Dezember, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark". Bekundet durch Euer zahlreiches Erscheinen Euren Willen zum Kampfe für ein besseres Dasein.

Der Ortsausschuß jugendlicher Vertrauensleute.

Der Katastrophe entgegen

Eine Straßenbahnfahrt 40 Mark? — Weitere Verkehrseinschränkungen und Personalentlassungen

Die wahnsinnige Tarifpolitik einer hilflosen Gesellschaft richtet die städtischen Betriebe immer mehr zugrunde. Eine Reihe von Städten hat den Straßenbahnverkehr bereits stillgelegt. Andere verhandeln mit Privatgesellschaften wegen Uebergabe der Betriebe in Privathände, wie z. B. jetzt Berlin. Auch Halle steht jetzt wieder vor der Frage, den Betrieb noch weiter einzuschränken oder doch so hohe Fahrpreise zu fordern, daß nur noch die besitzende Klasse die Straßenbahn benutzen wird. Erst vor zehn Tagen ist der neue Fahrpreis von 20 Mark in Kraft getreten. Jetzt fordert der Magistrat eine Erhöhung von 100 Prozent. Er glaubt, mit einem Einheitstarif von 40 Mark für eine Straßenbahnfahrt auszukommen. Auf wie lange? Mit einer solchen Politik wird er den Zusammenbruch nicht aufhalten können. Es wird darum auch nicht mehr lange dauern, dann wird auch die hallische Straßenbahn stillgelegt werden müssen. Die Kommunisten haben diese Entwicklung vorausgesehen und oft genug die Wege gewiesen, die einen wirklichen Wiederaufbau einleiten konnten. Vorläufig aber wollen die bürgerlichen Vertreter in Gemeinschaft mit den Sozialdemokraten noch weiter wursteln. In der Straßenbahndeputation ist denn auch beschlossen worden, 40 Mark für eine Straßenbahnfahrt zu fordern. Wir sind neugierig, ob auch die Stadtverordnetenversammlung am Montag sich diesem Beschluß anschließt.

Der Tarifwahnsinn auf der Eisenbahn

Am 1. Januar werden die Personentarife, die am 1. Dezember bereits um 100 Prozent erhöht worden sind, weiter wesentlich erhöht. Der Fahrpreiskilo[illegible]ägt nach dem 1. Januar in der vierten Klasse 4 Mk., in der dritten 6 Mk., in der zweiten 12 Mk. und in der ersten 24 Mk. Das ist eine Vervier- bis Versechsfachung der gegenwärtigen Preise. Wie ungeheuerlich die Steigerung der Fahrpreise bereits durch die 100prozentige Erhöhung der Personentarife ist, kann am besten durch Anführung einiger Beispiele gezeigt werden. Eine Fahrt von Halle nach München kostet dann in der vierten Klasse beinahe 1000 Mk. (924 Mk.), in der dritten Klasse 1388 Mk.; nach Frankfurt in der vierten 684 Mk., in der dritten 1024 Mk.; nach Kassel in der vierten 396 Mk., in der dritten 592 Mk.; nach Berlin in der vierten 292 Mk., in der dritten 440 Mk.; nach Eisenach in der vierten 300 Mk., in der dritten 452 Mk.; nach Sangerhausen in der vierten 108 Mk., in der dritten 164 Mk.; nach Eisleben in der vierten 72 Mk., in der dritten 104 Mk., nach Erfurt in der vierten 200 Mk., in der dritten 296 Mk.; nach Leipzig in der vierten 72 Mk., in der dritten 104 Mk.; nach Merseburg in der vierten 26 Mk., in der dritten 38 Mk.; nach Delitzsch in der vierten 52 Mk., in der dritten 76 Mk.; nach Wittenberg in der vierten 124 Mk., in der dritten 184 Mk.; nach Weißenfels in der vierten 60 Mk., in der dritten 92 Mk. usw.

Bei der gewaltigen Erhöhung der Gütertarife ab 1. Dezember werden neuerlich alle Waren noch weiter maßlos verteuert. Es ist berechnet worden, daß am 1. Dezember die Einnahmen aus dem Güterverkehr, aufs Jahr bezogen, 3000 Milliarden Mark betragen. Mit anderen Worten: jeder Deutsche vom Säugling bis zum Greise hat neben allen anderen Lasten jährlich 50 000 Mark Frachten zu tragen. Ein **Wagen Zeitungsrotationspapier** auf normaler Frachtbasis vom Ruhrgebiet nach Halle kostet beinahe **eine halbe Million Bahnfracht.** Man kann wirklich von einem Tarifwahnsinn der Eisenbahn reden.

Die neue Gebührenordnung der Hebammen

Zu diesem Artikel in Nr. 276 des „Klassenkampf" vom 25. November, der uns vom Deutschen Transportarbeiterverband zugegangen war, wird uns von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle folgendes berichtigend mitgeteilt:

Die mitgeteilten Gebührensätze der Hebammen, nach welcher z. B. die Gebühr für den Beistand bei einer regelmäßigen Geburt mindestens 4400 Mk. und höchstens 9800 Mk. betragen soll, entbehren der rechtlichen Grundlage; es besteht deshalb keine Verpflichtung zur Zahlung in dieser Höhe. Die Gebühren der Hebammen sind für den Umfang des Regierungsbezirks durch Verfügung des Regierungspräsidenten zu Merseburg vom 17. Oktober 1922 (Amtsblatt, Stück 42 vom 21. Oktober 1922) mit Wirkung vom 1. November 1922 festgesetzt und in Nr. 260 des „Klassenkampf" vom 6. November 1922 veröffentlicht. Danach beträgt z. B. der Gebührensatz für den Beistand bei einer regelmäßigen Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden 540 bis 1080 Mk., für jede folgende Stunde 54 bis 108 Mk. Werden auf Verlangen der Entbundenen oder ihrer Angehörigen weniger als 8 Wochenbesuche gemacht, so erhöht sich der Mindestsatz für den Beistand bei einer Geburt auf 945 Mk.

Nach § 2 der Geb.-Ordnung gelangen die niedrigsten Sätze zur Anwendung, wenn nachweisbar Unbemittelte oder Armenverbände die Verpflichteten sind. Sie finden ferner Anwendung, soweit nicht besondere Schwierigkeiten der Leistung oder das Maß des Zeitaufwandes einen höheren Satz rechtfertigen, wenn die Zahlung aus Mitteln des Staates, einer milden Stiftung, auf Grund der §§ 195a, 195c und 205a des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge in der Fassung der §§ 2 und 10 der Bekanntmachung vom 22. Mai (RGBl. S. 1069) und des § 17 dieses Gesetzes aus Mitteln einer Krankenkasse nach der Reichsversicherungsordnung (Orts-, Land-, Betriebs-, Innungskrankenkasse), aus einer knappschaftlichen Krankenkasse, einer Ersatzkasse (§§ 495 ff., 503 ff. RVO.) zu leisten ist oder wenn diese Kassen einen Beitrag zu den Kosten der Entbindung zu gewähren haben.

Der von den Krankenkassen nach den obigen Vorschriften zu gewährende Entbindungskostenbeitrag ist durch die Verordnung über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 22. September 1922 (RGBl. Nr. 65) auf 500 Mk., die Beihilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden auf 150 Mk. festgesetzt. Anspruch auf den Entbindungskostenbeitrag haben 1. Krankenkassenmitglieder, 2. nichtversicherte Ehefrauen und Töchter von Versicherten, soweit sie mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, sowie 3. minderbemittelte Wöchnerinnen, sofern für sie kein Anspruch auf Wochenhilfe besteht. Bei den zu 1 und 2 angegebenen Personen ist Voraussetzung, daß der Versicherte im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung gegen Krankheit versichert gewesen ist. Für alle diese Personen können also bei einer regelmäßigen Geburt nur die Mindestsätze berechnet werden, die sich in den Grenzen von 1080 bis 1750 Mk. bewegen, während die nicht der Reichsversicherungsordnung unterliegenden Personen im Höchstfalle die in der vom Regierungspräsidenten festgesetzten Gebührenordnung vom 17. Oktober 1922 angegebenen Höchstsätze zu zahlen verpflichtet sind. Die darüber hinausgehenden kürzlich mitgeteilten Gebührensätze beruhen zweifellos nicht auf einer amtlichen Festsetzung.

KPD. Ortsgruppe Halle

Am Donnerstag, dem 7. Dezember, abends 7½ Uhr, findet im großen Saale des „Volkspark" eine

Mitgliederversammlung

statt, in der u. a. Genosse Paul Böttcher aus Leipzig über das Thema:

Der Faszismus in Deutschland

sprechen wird. Parteigenossen und -genossinnen! Erscheint zahlreich in der Versammlung und unterrichtet Euch über die Ziele und Methoden der Faszisten.

Eine „Berichtigung"

Die Oberpostdirektion bestätigt die Massenentlassungen

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 ersucht die Oberpostdirektion um Aufnahme folgender Berichtigung zu den Ausführungen „Massenentlassungen bei der Post" in der Beilage zu Nr. 276 des „Klassenkampf" vom 25. November.

Infolge der Beendigung des Erholungsurlaubes und eines teilweisen Verkehrsrückgangs sind in Halle und auch außerhalb im hiesigen Oberpostdirektionsbezirk zahlreiche Kräfte entbehrlich geworden, die beizubehalten schon die mißliche Finanzlage des Reiches nicht zuläßt. Die Entfernung planmäßiger Beamter aus diesem Anlaß ist nach den gesetzlichen Bestimmungen über das Beamtenrecht nicht möglich. Es bleibt deshalb nichts anderes übrig, als Posthelfer zu entlassen, deren Dienstverhältnis nach dem Tarifvertrag vom 15. Juni 1921 unter Innehaltung der vorgeschriebenen Kündigungsfrist gelöst werden kann. Diesen Hilfskräften ist übrigens wiederholt bekanntgegeben worden, daß sie nur zu vorübergehender Beschäftigung in den Postdienst eingestellt worden seien und keinerlei Anspruch auf dauernde Beibehaltung hätten. Bei den an sich beklagenswerten, aber unvermeidlichen Entlassungen soll den Richtlinien entsprechend nach sozialen Gesichtspunkten den wirtschaftlich Stärkeren vor den wirtschaftlich Schwächeren gekündigt werden. Die Postverwaltung hat sich bemüht, den Ausscheidenden bei anderen Arbeitgebern Beschäftigung zu verschaffen, tatsächlich hat auch ein großer Teil sofort wieder Arbeit gefunden.

Neben diesen Entlassungen ist die Postverwaltung bestrebt, auch die Zahl der planmäßigen Beamten aller Besoldungsgruppen (nicht etwa nur der unteren) durch Abgabe an andere Verwaltungen des Reiches, vor allem an die an Beamtenmangel leidende Reichsfinanzverwaltung zu vermindern."

Durch diese „Berichtigung" wird Wort für Wort bestätigt, was wir in dem Artikel behauptet haben, nämlich, daß eine Reihe von Postaushelfern, die schon sechs und sieben Jahre bei der Post tätig sind, plötzlich in der rücksichtslosesten Weise auf die Straße geworfen wurden. Noch heute liegen diese Leute fast alle noch auf der Straße und können keine Arbeit finden. Jetzt sind zuerst die Posthelfer rausgeschmissen worden, ihnen folgen die Kriegsbeschädigten und wie lange wird es noch dauern, dann wird man auch an die Entlassung der planmäßigen (zunächst natürlich unteren) Beamten gehen. Denn durch die Aufhebung des Achtstundentages werden so viele Kräfte frei, daß auch die planmäßigen unteren Beamten entlassen werden müssen. Die Eisenbahnbehörde ist darin schon einen Schritt weiter.

Unsere Trägerinnen kassieren

in den kommenden Tagen den Abonnementspreis für Dezember ein und beträgt derselbe einschließlich des Botenlohnes 465 Mark. Wir bitten, den Trägerinnen durch Bereitlegung des Betrages die Einkassierung zu erleichtern. Verlag Klassenkampf.

* **Gewohnheitsmäßige Ueberkneiper?** Wie Herr Runge, der Polizeipräsident, sich Horns Diele ausgesucht hat, um dort in aller Ruhe von dem einen „guten Tropfen" zu „genehmigen", was über das Existenzminimum ist, so hat sich Herr Döltz, der Polizeidirektor, die „Traube" ausgesucht, um dort die Sorgen für die Stadt, die er mit tragen muß, bei einem Gläschen Wein runterzuspülen. Aber wenn er schon das Bedürfnis hat, sich einmal zu „stärken" oder „alles zu vergessen", dann soll er nicht gerade die Nachtstunden aussuchen, die doch eigentlich dazu da sind, um auszuruhen und Kräfte zu sammeln für die Arbeit des nächsten Tages. Als Polizeidirektor sollte er eigentlich wissen, daß sich der Wirt strafbar macht, wenn die Polizeistunde überschritten wird. Eine eigenartige Pflichtauffassung hat darum auch Herr Döltz (vielleicht nur durch den Wein, der bekanntlich nichts erfindet), wenn er den kontrollierenden Beamten in befehlsmäßigem Tone anhaucht, daß er Polizeidirektor sei, und ihm niemand etwas zu sagen habe. Außerdem hätte er auch die Pflicht gehabt, den Bürgermeister der bankrotten Stadt Löbejün, Herrn Günther, der bei ihm als Gast war, zur Rede zu stellen, und ihm sagen müssen, daß man einen einarmigen Schwerkriegsbeschädigten nicht als „elender Krüppel" beschimpfen und niederschlagen darf. Der „elende Krüppel" wurde aber durch einen Kollegen vor den Angriffen des Herrn Günther geschützt.

Lichtbildervortrag

Heute (Mittwoch) abend 7½ Uhr findet im Kartellzimmer des „Volkspark" ein Lichtbildervortrag statt. Vorgeführt werden die verfilmten trefflichen Zeichnungen von George Groß unter dem Titel:

„Das Gesicht der herrschenden Klasse".

Erläutert werden diese Bilder durch den Vortrag eines Genossen. Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint zahlreich!

* **Faszistische Rollkommandos.** Zu diesem Artikel in Nr. 278 des „Klassenkampf" wird uns mitgeteilt, daß hier ein Mißverständnis durch den mißhandelten Schwerkriegsbeschädigten vorliegen muß. Keiner von den drei Beteiligten gehöre irgend einer politischen Partei an, oder unterstütze Tendenzen, wie sie bei der deutschvölkischen Gruppe zum Ausdruck kommen. Sie betonen besonders, daß sie nicht der 15 Mann starken Rotte angehört haben. Alle drei hätten, als sie den etwa 50 Jahre alten Arbeiter in blutendem Zustande am „Hofjäger" vorfanden, ihre Entrüstung über diese rohe Mißhandlung zum Ausdruck gebracht. Hierbei müßten sie mißverstanden worden sein. Um den Vorfall zu klären, seien sie dann mit zur Wache gegangen, wo sie sich legitimiert hätten. Der als Fähnrich Bezeichnete habe sich nicht als Fähnrich legitimiert, sondern als 80 Prozent Schwerkriegsbeschädigter und auf eine Frage erst mitgeteilt, daß er als Vizefeldwebel entlassen worden sei.

* **Ein Mangel an Führerhunden** für Kriegsblinde macht sich sehr bemerkbar. Es warten noch viele Kriegsblinde auf Hunde, doch sind solche schwer von den Ausbildungsstellen zu beschaffen. Es wäre zu wünschen, daß diejenigen, die die Absicht haben, ihre Hunde zu verkaufen, sich erst an die vom Reich anerkannte Ausbildungsstelle „Zwinger-Blindenführer", Bremen-Oslebshausen, wenden, welche passende Hunde zu angemessenen Preisen kaufen. Es kommen hauptsächlich Schäferhunde im Alter von 1 bis 3 Jahren mit einem Mindestmaß von 55 Zentimeter Höhe in Frage. Doch werden auch andere Polizeihunderassen genommen.

* **Mitteldeutscher Mieterverband.** Am Freitag, dem 8. Dezember, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" eine öffentliche Protestversammlung statt. Am Sonntag, dem 10. Dezember, vormittags 9 Uhr, in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße 14, Versammlung der Mieterräte.

* **Die proletarische Unterhaltungsstunde** der Kinder des Südens findet am Sonntag, dem 10. Dezember, vormittags 10 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" statt.

* **Weitere Einschränkungen im „Volkspark".** Durch die fortwährenden Preiserhöhungen für Speisen und Getränke hat unser Lokal furchtbar zu leiden. Die Volksparkverwaltung sieht sich deshalb veranlaßt, noch weitere Einschränkungen vorzunehmen. Auch das bisher an Sonntagen stattgefundene Freikonzert muß vollständig fallengelassen werden oder es muß Eintritt erhoben werden. Würde der Besuch dieser Sonntags-Freikonzerte stärker sein, so könnte von dem Eintrittsgeld Abstand genommen werden. Wir richten daher an alle Parteigenossen die Bitte, in dieser schweren Zeit das eigene Heim unterstützen zu wollen, damit es der Arbeiterschaft erhalten bleibt. Gleichzeitig wird noch darauf hingewiesen, daß Saalbestellungen für 1923 schon jetzt entgegengenommen werden.

* **Vergiftet.** Gestern vormittag versuchte eine Handelsfrau in ihrer Wohnung in der Körnerstraße sich zu vergiften, indem sie Lysol trank. Sie wurde bewußtlos mittels Krankenwagens der Klinik zugeführt. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

* **Ein Kübel Margarine entwendet.** Heute nacht wurde in der Großen Steinstraße eine Schaufensterscheibe eines Kolonialwarengeschäfts mit einem Ziegelstein zertrümmert und ein Kübel Margarine entwendet. Die Ermittlungen nach den Tätern sind aufgenommen.

Theater und Konzerte

Stadttheater

Maria Stuart, von Schiller

Zu Schillers „objektivem Kunstwerk aus dem Gebiete des ästhetischen Scheins" ein nahes Verhältnis zu finden, ist für den Proletarier nicht leicht. Sein Interesse erwacht erst, nachdem er hinter den ästhetischen Schein zu blicken und die Schillersche Objektivität zu zerstören vermag. Das wird ihm dort erleichtert, wo im Dialog einer der „Königinnen" nachgewiesen wird, was ihr Gerede vom Staatswohl wert ist. Hinter diesem Gerede, das deshalb mitunter langweilig wirkt, weil es Schiller nicht als das charakterisiert hat, was es ist, steckt weiter nichts, als jene jahrhundertalte „staatsmännische" Heuchelei und Verlogenheit, die zum Regieren gehört, wie das Klappern zum Handwerk. Das Getue, als ob diese Herrschaften auf den „Höhen der Menschheit" wandelten, ist keinen Pfifferling wert und kann den Proletarier, der diesen Schwindel längst durchschaut haben muß, nicht mehr rühren. Lessing hat gelegentlich geschrieben: „Die Namen von Fürsten und Helden können einem Stücke Pomp und Majestät geben, aber zur Rührung tragen sie nicht bei. Das Unglück derjenigen, deren Umstände den unsrigen am nächsten kommen, muß natürlicherweise am tiefsten in unsere Seele dringen; und wenn wir mit Königen Mitleid haben, so haben wir es mit ihnen als mit Menschen und nicht als mit Königen. Macht ihr Stand schon öfters ihre Unfälle wichtiger, so macht er sie darum nicht interessanter."

An die Aufführung ist viel Sorgfalt verwendet worden. Wir wünschten nur, daß man am hiesigen Stadttheater endlich einmal an ein modernes, soziales Bühnenwerk soviel Arbeit verwenden würde, um dem Proletariat ein Theatererlebnis zu verschaffen. (Ein revolutionäres Bühnenwerk im hallischen Stadttheater zu sehen, wagt man gar nicht zu hoffen; dazu vermag sich ja nicht einmal die „Volksbühne" aufzuschwingen.) Wir nehmen grundsätzlich nicht Stellung zu den Leistungen einzelner Darsteller, weil nach unserer Auffassung jede Aufführung nur als eine Kollektivarbeit gewertet werden darf.

D. M.

Arbeiter-Bildungsausschuß. Am Sonntag, dem 10. Dezember, nachmittags 2½ Uhr, kommt im Stadttheater die Oper „Margarethe" (Faust) zur Aufführung. Eintrittskarten zum Preise von 200 Mk., (Sessel, Sperrsitz und 1. Ring) sind noch im Arbeitersekretariat zu haben. Daselbst sind auch noch einige Plätze für die Aufführung der Oper „Der fliegende Holländer" am Mittwoch, dem 20. Dezember, erhältlich.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Otto Müller; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Weihnachtswünsche

Nun rüsten wir zum Weihnachtsfeste,
Da wünscht ein jeder sich das Beste.
So will der Hans, der kleine Mann,
Ein Schaukelpferd, das — wiehern kann,
Und Liesel träumt schon wochenlang
Von einer Puppe mit Gesang ...
— Den Vater schaudert's, und er denkt:
Wenn mir nicht einer 'n Dollar schenkt,
Dann weiß der Deubel, wie ich alles
Einkaufen soll bei meinem Dalles!
Bedrückt horcht er die Gattin aus:
„Was wünschst denn Du Dir, liebe Maus?"
„Ach", tröstet sie, „es ist nicht viel —
Schenk mir ein paar Paket Persil!"

Persilus.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221206-10/fragment/page=0005
DFG

Die kommunistische Frau

An die proletarischen Frauen!

Wer Gelegenheit hatte, den Wahlen der Frauen zum Betriebsrätekongreß von Anfang bis Ende beizuwohnen, dem werden diese mancherlei zu denken gegeben haben. Vor allen Dingen die große Unerfahrenheit der meisten Frauen in bezug auf politische Tagesfragen. Da drängt sich einem unwillkürlich der Gedanke auf, wie ist es möglich, daß gerade die Hausfrau der arbeitenden Bevölkerung, die vom frühen Morgen bis späten Abend sinnt und grübelt, mit dem kargen Verdienst ihres Mannes ihren Angehörigen das Leben einigermaßen erträglich zu gestalten, warum steht gerade diese Frau den politischen Ereignissen so gleichgültig gegenüber? Allein ein Gang durch die Straßen der Stadt, vorbei an den großen Konfektions- und Lebensmittelgeschäften, wo in den Schaufenstern alles Schöne und Gute zu unerschwinglichen Preisen für uns ausgebreitet liegt, müßte doch genügen, jede Proletarierfrau und -mutter zum Nachdenken zu zwingen über das „Woher" und „Warum" ihrer trostlosen Lage. Bis weit in die Kreise der Beamten und Angestellten hinein hat die Not und das Elend Einzug gehalten, und doch sind es gerade diese Männer und Frauen, die, obwohl sie, genau wie jeder andere Proletarier, am Hungertuche nagen, doch stets stolz abseits stehen, wenn es gilt, Veranstaltungen zu unterstützen, die auch ihre traurige Lage verbessern können. Das hat man recht deutlich bei dieser Wahl gesehen.

Die Frauen sind viel kleinbürgerlicher, viel reaktionärer gesonnen, als die Männer. Das darf nicht so bleiben. Die Frauen, als Arbeiterinnen und als Hausmütterchen, haben den stärksten Anprall der Teuerung zu tragen, das muß ihnen so zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie nicht nur die Ursachen dieser Erscheinungen, sondern auch die Abhilfe dafür erkennen. Gewiß kann man sagen, daß das schlechte Wahlergebnis der Frauen zum allergrößten Teil auf das Schuldkonto der SPD. zu setzen ist: diese Partei hat es bisher versäumt, den Frauen die Erziehung zum Klassenkampf zu geben, die für das gesamte Proletariat notwendig ist. Doch was die SPD. versäumt, muß die Kommunistische Partei nachholen. An politischem Interesse fehlt es den Frauen nicht.

Vor allem ist es Pflicht einer jeden Proletarierin, daß sie den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen ihres Mannes das nötige Verständnis entgegenbringt und Schulter an Schulter mit ihm ringt um ein menschenwürdiges Dasein. In unseren monatlichen Frauenversammlungen wird für die dazu nötige Aufklärung gesorgt, und jede Frau sollte dieselbe, wenn es ihr irgendmöglich ist, regelmäßig besuchen. Weiterhin hat die Ortsverwaltung der KPD. Frauenabende eingeführt, die aller vier Wochen abgehalten werden. Auch dort wird in aufklärender, leicht verständlicher Weise zu den Frauen gesprochen. Es haben alle Proletarierinnen, die mit uns denken und fühlen, Zutritt, auch wenn es ihre finanziellen Verhältnisse momentan nicht gestatten, sich unserer Partei anzuschließen. Die Veranstaltungen werden stets einige Tage vorher im Versammlungskalender unserer Zeitung bekanntgegeben. Hoffentlich tragen diese wenigen Zeilen dazu bei, die Frauen mehr zusammenzubringen, um sich, alle kleinlichen Dinge beiseite schiebend, gegenseitig stützen und stärken zu können im Kampfe um menschliche Daseinsbedingungen.

L. F.

Unsere Frauenbeilage

Unsere Frauenbeilage soll das Sprachorgan der proletarischen Frauen sein. Das ist wohl allen bekannt. Nun kommt es aber darauf an, daß die Frauen diese Beilage auch selbst ausgestalten. Bis jetzt war das nur zu wenig der Fall. Wir hatten wohl eine Beilage, aber sie war nicht von den Frauen selbst angefertigt. Das muß nun anders werden. Die hallischen kommunistischen Frauen beschäftigten sich in ihrer letzten Mitgliederversammlung mit der Beilage und sie kamen zu dem Entschluß, eine Kommission aus ihrer Mitte zu wählen, die die Ausgestaltung der Frauenbeilage übernehmen soll. Diese Kommission ist nur provisorisch und wird am kommenden Bezirksparteitag ihre endgültige Bestätigung finden.

Nun erwächst für die proletarischen Frauen die Aufgabe, an dem Ausbau der Beilage mitzuhelfen. Und zwar sollen sich alle Genossinnen restlos daran beteiligen. Das gilt nun nicht allein für die hallischen Frauen, sondern auch vor allen Dingen für die Frauen im Bezirk. Wie sollen wir nun die Beilage ausgestalten und mit welchem Stoff? Diese Frage ist sehr einfach zu beantworten. Wir haben vor allen Dingen unser Augenmerk darauf zu richten, was an unserem Ort vor sich geht und es wird sich bei näheren Beobachtungen schon herausstellen, daß dieses oder jenes Erlebnis sich gut für die Frauenbeilage eignet und daß andere Frauen davon lernen können und ebenfalls die Augen aufmachen. Durch die steigende Ausbeutung und Ausbeutung der breiten Masse sind wir der Bewegung der Kontrollausschüsse und der Selbsthilfe der Arbeiterschaft immer näher gekommen. In vielen Orten Deutschlands bestehen Kontrollausschüsse, die zum großen Teil aus Frauen bestehen. Hauptsächlich in Thüringen (Gotha, Erfurt usw.) haben zuerst die Frauen die Initiative ergriffen und Kontrollkommissionen gebildet, die großen Einfluß auf die Festsetzung der Lebensmittelpreisregelung hatten.

Ebenso in Danzig, wo die Hausfrauen sehr energisch vorgingen und die Frauen zur Tat aufriefen. In einer Demonstrationsversammlung befaßten sich diese mit der Teuerung und stellten an den Senat Forderungen, die eine Besserstellung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung bedingen. So verlangten sie z. B. keine Preisheraufsetzungen ohne die Hinzuziehung der Arbeiterorganisation und des Frauenkontrollausschusses, Herabsetzung der Preise für alle Lebensmittel, einschließlich Kohle und anderer Bedarfsgegenstände.

Das alles sind wichtige Momente, die für eine proletarische Frau von großer Wichtigkeit sind. Da nun in verschiedenen Orten unseres Bezirks auch Kontrollausschüsse bestehen, die mit Frauen besetzt sind, so ist es notwendig, daß diese Frauen über jede Arbeit im Kontrollausschuß in der Beilage einen kurzen Bericht erstatten. Es fällt allerdings vielen Frauen schwer, mit der Feder umzugehen, andere wieder scheuen sich, ihre täglichen Kämpfe mit dem Ausbeuter und Krämer usw. dem Kontrollausschuß zu melden oder gar in der Zeitung zu veröffentlichen. Das muß aber unbedingt geschehen. Wir können die Frauen nur gewinnen, indem wir sie bei ihren täglichen Nöten packen und sie so für das politische Leben interessieren. Denn schon Heinrich Heine sagte:

„Im hungrigen Magen Eingang finden
nur Suppenlogik mit Knödelgründen."

Die Beilage soll das Schulungsorgan sein. Jede proletarische Frau soll aus ihr lernen, den Kampf mit dem Leben zu führen. Dann erst können die Frauen den sicheren Boden für den großen Befreiungskampf der Frau finden, wenn sie den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen aufgeklärt und geistig gewappnet gegenüberstehen.

Lotte L.

Die Aufgaben unserer Frauen im Kontrollausschuß

Der Kampf um die Kontrolle der Preise, der Produktion und der Verteilung der lebensnotwendigen Gegenstände und die Schaffung bestimmter Organe zur Durchführung dieses Kampfes, die sogenannten Kontrollausschüsse, sind ein bewußter Schritt zum Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Je einheitlicher und geschlossener die Arbeiterschaft diesen Kampf führt, je mehr sie gewillt ist, alle Opfer in diesem Kampfe zu bringen, desto eher wird das schwere Werk der Ueberwindung der Wucher- und Ausbeutungsfreiheit gelingen.

Es hängt aber viel von der richtigen Organisation dieses Kampfes ab. Doch auch die Einstellung des Einzelnen zu den Gesamtaufgaben ist nicht zu unterschätzen. Viel zu wenig war man sich bisher im Proletariat bewußt, welch ungeheure Bedeutung der einzelne im Kampfe hat, wenn er an dem richtigen Platze steht. Erst die Organisation, die es versteht, die Kräfte so zu verteilen, daß sie im Interesse der Gesamtbewegung am besten nutzbar gemacht werden, wird die Macht im Interesse des Proletariats voll ausnutzen können.

Jeder hat nach seinen Fähigkeiten und seiner Stellung im Produktionsprozeß den Dienst für die gemeinsame Sache aufzunehmen, muß es jetzt helfen. Die Eisenbahner, durch deren Hände unermeßliche Reichtümer an Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen zur Beförderung von einem Ort zum andern gehen, sie müßten dafür sorgen, daß die für die Existenz der Proletarier lebensnotwendigen Gegenstände nicht ins Ausland verschoben oder Luxusartikel in großen Mengen eingeführt werden. Die Landarbeiter haben dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschaft von allen Sabotageversuchen der Agrarier, von dem Brachliegen von Feldern, von der Verfütterung von Kartoffeln und Milch an das Vieh, von dem vorsätzlichen Verfaulenlassen der Kartoffeln, von ihrer Verwendung in Schnapsbrennereien Kenntnis erhält und Gegenmaßnahmen ergreift. Aber nicht minder wichtig ist die Kontrolle der Kleinhandelspreise, der Märkte und Händler, die am besten von den Hausfrauen durchgeführt wird. Wer wäre mehr dazu berufen, diese Kontrolltätigkeit auszuüben, als die Hausfrauen, die täglich mit den Händlern und Marktleuten zu tun haben, die durch jahrelange Praxis des Einkaufs eine gewisse Erfahrung in Preisentwicklung und Warenwert gesammelt haben: die auch wie keine andere Kategorie der Arbeiterschaft unmittelbar an ihren Kindern, an sich selbst und an ihren Angehörigen die unheilvollen Wirkungen des Wuchers mit allen lebensnotwendigen Dingen erleben. Dies war auch der Grund, weswegen die Hausfrauen in der in Bremen stattgefundenen öffentlichen Versammlung des Kontrollausschusses den Antrag stellten, es müssen Hausfrauen mit hinein in die Kontrollausschüsse!

Die planmäßige Heranziehung der proletarischen Hausfrauen zur Tätigkeit in den Kontrollausschüssen, ihre Schulung als Kontrollorgane des Kleinhandels und ihre ständige Zusammenarbeit mit den Betriebsräten ist eine unbedingte Notwendigkeit für eine gute Organisation des proletarischen Klassenkampfes. Die bürgerliche Gesellschaft versteht es ausgezeichnet, die Hausfrauen der besitzenden Klasse zu bestimmten Aufgaben heranzuziehen und ihnen das Gefühl einer gewissen Mitverantwortung und Mitwirkung an dem kapitalistischen Produktionsprozeß zu geben.

Das arbeitende Volk aber braucht die Kontrolle der Hausfrauen auf den Märkten, um die schlimmsten Wucherei en aufzudecken, um Material zu liefern für die Kontrollausschüsse. Aber auch in den proletarischen Hausfrauen selbst, die bisher dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß noch fernstanden, wird durch die Uebernahme dieser Aufgabe das Gefühl der Mitverantwortung für die Aenderung der bisherigen Zustände gestärkt, ihr Selbstbewußtsein und ihre Machterkennung wird gehoben. Sie fühlen sich dann auch eher als ein wichtiges Glied der Arbeiterklasse, die noch einen schweren Kampf vor sich hat bis zur Befreiung aus dem kapitalistischen Joch. Der Reichsbetriebsrätekongreß, der die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte im Kampfe um die nackte Existenz der Arbeiterklasse ist, muß sich zur erfolgreichen Durchführung dieses Kampfes die Mitwirkung der Millionen proletarischer Hausfrauen und der in den Betrieben stehenden Arbeiterinnen zur Unterstützung der Betriebsräte sichern. Wir müssen deshalb die Betriebsräte durch die Mobilisierung der proletarischen Hausfrauen und Arbeiterinnen in weitgehendstem Maße unterstützen, denn die aktive Mitwirkung des weiblichen Proletariats ist eine der ersten Voraussetzungen des Sieges der Arbeiterklasse.

Schwangere Frauen

Im Salon.

Ein mit großer Eleganz ausgestatteter Salon. Auf einer Ottomane hingestreckt, ruht die „Gnädige Frau". Sie ist leidend, fühlt sich schrecklich müde. Ach, sie ist doch schon fünf Monate schwanger. Nun kann sie keine Besuche mehr machen, nicht mehr Gäste empfangen, denn dazu ist ihre Gestalt zu unförmig. Sie fühlt sich wirklich sehr unglücklich. Anna, das Dienstmädchen, hat ihr eben die Füße gewaschen. Ist diese Person unbeholfen, zu nichts kann man sie gebrauchen. Sie natürlich, die gnädige Frau, darf sich nicht soviel bücken, muß solche anstrengende Arbeiten meiden, sie ist doch fünf Monate schwanger . . .

In der Werkstätte.

Eine junge Frau steht bei der Maschine. Auch sie ist müde. Acht Monate schwanger. Sie darf nicht ruhen, sie kann sich nicht schonen, ihr Mann arbeitslos, nun kommt das Kind. — Und wenn sie gleich den ganzen Tag bei der Maschine steht, herrliche Stoffe in bunten Farben webt, Möbelstoffe für die Reichen, sie verdient zu wenig, sie kann noch nicht zu Hause bleiben, sonst müssen sie hungern. Nach einigen Tagen: Ein Schrei, eine Frau wird bewußtlos hinausgetragen. Sie war acht Monate schwanger . . .

(Aus dem „Nordwestd. Echo".)

„Das proletarische Kind" Nr. 12 ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt: Die Aufgaben der Elternräte im Kampf gegen die Teuerung; Kinderarbeit in Amerika; ein Briefwechsel zwischen einem Kindergruppenleiter und der Reichszentrale; Kapitalistische Verdummung im Rechenunterricht; die neuen Grundlagen der Lehrpläne in den russischen Schulen von Krupskaja; die pädagogischen Aufgaben der Anfangsschule von Blonski; Kinderhilfe in Sowjet-Rußland; Leitsätze zur Frage der Versuchsschulen; Grundsätzliches zu einem Schulprogramm der KPD. Der Notizenteil enthält Mitteilungen über das Kinderelend in Amerika, Australien, England, Deutschland, Bulgarien, ferner über Kindergruppen, Eltern- und Lehrerbewegung. Schulpolitische Notizen und Buchbesprechungen bilden den Abschluß. Sorgt für weiteste Verbreitung!

Die Klerisei

18) Roman von Nikolaus Leskow

Damit schlossen die alten Tuberosowschen Aufzeichnungen, und als der Greis zu Ende gelesen, nahm er die Feder, trug ein neues Datum ein und begann danach mit ruhigen, strengen Schriftzügen zu schreiben:

„Es ist seinerzeit von mir vermerkt worden, wie einmal der Sohn der Hostienbäckerin, der Lehrer Warnawa Prepotenskij, die unschuldigen Kinder an ihrem Glauben irre zu machen suchte, indem er sie eine Leiche sehen ließ und behauptete, es gäbe keine Seele, weil ihr Wohnsitz im Körper nirgends aufzufinden sei. Mein Zorn über diesen törichten, aber schädlichen Menschen wurde dazumal von klugen Leuten für übertrieben erklärt, und von der Veranlassung zu diesem Zorn hieß es, sie sei der Beachtung gar nicht wert. Jetzt hat sich wieder etwas Neues begeben. Beim letzten Hochwasser wurde eine unbekannte Leiche an unser Ufer gespült. Die Mutter des Warnawa, die arme Hostienbäckerin, sagte mir heute unter Tränen, daß der Arzt und der Stadthauptmann, wohl aus Bosheit gegen ihren Sohn oder um ihn zu verhöhnen, ihm jenen Toten geschenkt hätten, und Warnawa hätte aus Dummheit dieses Geschenk angenommen, und die Leiche in der Bütte, darin sie bisher friedlich ihre Wäsche in Asche gelegt, ausgekocht und die Brühe unter den Apfelbaum im Garten gegossen, die Knochen aber in die Gouvernementsstadt gebracht. Und nun fürchte sie, man werde ihren teuren Sohn mit jenen Knochen als Mörder festnehmen. Ich beruhigte sie, so gut ich konnte, und bat den Stadthauptmann um eine Erklärung, zu welchem Zwecke der Leichnam des Ertrunkenen, der nach der Sektion kirchlich bestattet werden mußte, dem Lehrer Warnawa ausgehändigt worden sei? Ich erhielt zur Antwort, das sei im Interesse der Aufklärung geschehen, d. h. damit er, Warnawa, an dem Skelett naturwissenschaftliche Studien treiben könne. Diese Sorge um die Wissenschaft kann einen lachen machen bei Leuten, die ihr so fern stehen, wie der Stadthauptmann Porochontzew, der sein halbes Leben im Kavallerieregiment zugebracht hat, wo man nichts lernt, als wie man den Pferden die Schwänze bindet, oder dieses Lügenmaul von Arzt, der jene Wissenschaft vertritt, deren Anhänger von den wahren Gelehrten für Ignoranten angesehen werden, was durch seine blödsinnige Behauptung bewiesen wird, er habe einmal bei Alodomalow versehentlich statt Branntwein ein Glas Leucht-Petroleum ausgetrunken, und da habe sein Bauch eine ganze Woche lang geleuchtet! Wie dem nun aber auch sei, der von dem Lehrer gekochte Leichnam hat sich in ein Skelett verwandelt. Warnawa brachte die Knochen zu einem Heilgehilfen am Gouvernementskrankenhaus. Dieser Meister der Anatomie fügte all die Knochen kunstvoll aneinander und setzte ein Gerippe zusammen, das nun wieder in unsere Stadt zurückgebracht wurde und sich gegenwärtig bei Prepotenskij befindet, der es dicht bei seinem Fenster befestigt hat. Da steht es nun und lockt immer wieder die Straßenmenge an und gibt zu allen möglichen Streitigkeiten Anlaß und zu einem ewigen häuslichen Zwist zwischen dem Warnawa und seiner einfältigen Mutter. Der Tote fängt an Rache zu nehmen. Jede Nacht erscheint er der unglückseligen Mutter des großen Gelehrten im Traum und fordert immer wieder sein christliches Begräbnis. Die Arme hat den Sohn auf den Knien angefleht, ihr dieses Skelett zu geben, daß sie es bestatte, aber natürlich widersetzt er sich zu einer verzweifelten Maßnahme, sammelte in Abwesenheit des Sohnes die Knochen in eine kleine Holzkiste, trug sie in den Garten und vergrub sie mit ihren schwachen Greisenhänden unter dem nämlichen Apfelbaum, unter welchen Warnawa die zerkochten Fleischteile des Unglücklichen ausgeschüttet hatte. Aber sie hatte kein Glück damit, denn der gelehrte Sohn grub die Knochen wieder aus, und damit ging eine neue Geschichte an, die auch heut noch nicht beendet ist. Es ist ebenso lächerlich wie schmachvoll, was noch weiter folgte. Sie raubten sich die Knochen gegenseitig so lange, bis mein Diakon Achilla, der sich in alles mischen muß, diese Sache zum Abschluß brachte und mit solcher Hast ans Werk ging, daß es ganz unmöglich war, ihm Einhalt zu gebieten. Auch haben mich die Reden des Arztes und des Stadthauptmanns sehr verstimmt, die mir Vorwürfe machten wegen meiner eifernden (so nannten sie es) Intoleranz gegen den Unglauben, denn, meinen sie, wirklich gläubig sei heutzutag keiner mehr, auch die nicht, welche offiziell für den Glauben eintreten. Das glaub' ich auch! Ich kann nicht daran zweifeln. Aber ich wundere mich, woher bei uns dieser erbitterte Haß und diese Feindschaft gegen den Glauben kommen. Vom Freiheitsdrang? Aber wen hindert denn der Glaube, mit allem Eifer nach voller Freiheit in allen Dingen zu streben? Warum haben die wirklichen Denker nicht so gesprochen?"

Vater Sawelij seufzte tief, legte die Feder hin und trat ans Fenster. Der Himmel war mit schwarzen Wolken bedeckt und schon fielen einzelne Regentropfen klatschend in den dicken Staub. Das war der Regen, um den Tuberosow am vergangenen Tage gebeten hatte. Der Alte flüsterte entzückte Worte des Dankes und des Lobes und merkte nicht, wie leise Tränen über seine Wangen liefen. Die Regentropfen aber fielen immer dichter und dichter, und endlich war es, als würde oben ein ganz feines Sieb geschüttelt, und die feuchte Kühle spielte erfrischend um den leicht erhitzten Kopf des Priesters. So am Fenster sitzend, das Haupt auf die weißen Hände gestützt, schlief Vater Sawelij ein.

Inzwischen ging der sanfte Regen, den kein Gewitter begleitet hatte, vorüber, die Luft war frisch und rein geworden, der Himmel klar, und im Osten färbte die graue Dämmerung sich silbern, um dem Morgenrot den Weg zu bereiten, dem Morgenrot des Tages, der dem Gedächtnis unseres heiligen Vaters Methodius von Pesnosch geweiht ist, des Tages, dem, wie wir uns erinnern müssen, der Diakon Achilla eine so große Bedeutung zuschrieb.

(Fortsetzung folgt.)

Wieviel Bücher gibt es? Ueber die Zahl der Bücher, die seit der Erfindung des Buchdrucks um die Mitte des 15. Jahrhunderts erschienen, sind bereits vielfache Schätzungen gemacht worden. Ein englischer Bibliothekar führt an, daß man die Zahl der sämtlichen bisher gedruckten Werke auf 10 bis 20 Millionen veranschlagt. Die Zahl der sog. Inkunabeln, der Frühdrucke, die noch ins 15. Jahrhundert fallen, wird auf 40 000 Bände geschätzt. Die Neuerscheinungen des 16. Jahrhunderts nimmt man mit 570 000 Bänden an, im 17. Jahrhundert waren es schon 1 250 000, im 18. Jahrhundert 2 Millionen und im 19. Jahrhundert 8 250 000. Damit würde die Gesamtsumme der gedruckten Werke bis zum Anfang unseres Jahrhunderts auf 12 110 000 verschiedene Bücher beziffert werden. Nicht gerechnet sind dabei die periodischen Veröffentlichungen, die man nicht als Bücher bezeichnen kann und deren Zahl auf etwa 15 Millionen geschätzt wird. Die Menge von Neuerscheinungen, die alljährlich in unserem Jahrhundert herausgegeben worden sind, ist auch nicht ganz genau zu bestimmen. Man schätzt aber die Bücherernte eines Jahres auf mindestens 283 000 Bände. Nimmt man die durchschnittliche Zahl der Neuerscheinungen in den letzten 22 Jahren nur mit 200 000 Bänden das Jahr an, so ergebe das eine Summe von 4 400 000 Bänden seit 1900. Nach diesen Berechnungen beträgt also die Gesamtzahl der gedruckten Werke in der Welt über 16½ Millionen. Fragt man nun weiter nach dem Wert dieser ungeheuren Zahl, so kommt man mit dem Bibliothekar zu sehr pessimistischen Betrachtungen. Der Bücherkenner behauptet, daß von diesen 16½ Millionen Neuerscheinungen höchstens 50 000 der dauernden Erhaltung wert gewesen seien; vielleicht seien es auch nur 20 000 Bücher, die sich noch lebendig erhalten haben, und jedenfalls würde es einem schwer werden, auch nur 5000 Büchertitel aufzuzählen von Werken, deren Verlust die Menschheit arm machen würde.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221206-10/fragment/page=0006